





lurch die im Vertrag abliegenden Verpflichtungen zur Organisation der öffentlichen Volksversicherung in der nationalen Versicherung. Dieser Unfallbeitrag entspricht durchaus den Zahlungen, die andere Lebensversicherungsanstalten an Verbände, auch Arbeiterverbände für Mitwirkung an der Ausbreitung ihrer Versicherung gewähren. Die öffentlichen Lebensversicherungen erhalten natürlich ebensowenig „Regierungsgehalt“ wie die anderen Lebensversicherungen, und müssen ebenso wie diese Mittel aufwenden zur Ausbreitung ihrer Organisation.

Diese Kurze ist oberflächlich. Unter welchem Titel die öffentlichen Lebensversicherungsanstalten die Summe von 15 000 Mark an den gelben Hauptauschuß abführen, ist gleichgültig. Die engen persönlichen Beziehungen zwischen einem öffentlichen Institut und den wirtschaftsrechtlichen Arbeiterorganisationen lassen sich nicht länger leugnen. Des weiteren ist nun aber auch die andere Tatsache über jeden Zweifel erhaben, daß der „Volksfürsorger“ den Vorwurf machte, sie mißbrauche das ihr anvertraute Kapital zu parteipolitischen Zwecken, gerade am allerwenigsten das moralische Recht zu solchen Anschuldigungen besaß, denn der geistige Leiter der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten ist eben der Geheimne Oberregierungsrat Rapp. Allerdings er konnte es ja riskieren, auch aus dem Glashaus heraus mit Steinen zu werfen, da er damit rechnen durfte, daß der preussische Landwirtschaftsminister ihn durch die Erhebung des Konflikts vor der gerichtlichen Nachprüfung seiner Behauptungen schützen werde.

### Die Ordnungsteile im Wahlkreis Stendal.

Nichts ist erbaulicher zu sehen, als wenn die „Ordnungsparteien“ untereinander ins Gerause kommen. Dies schöne Schauspiel bietet sich jetzt wieder im Wahlkreis Stendal, Osterburg und fast kein Tag vergeht, an dem nicht das nationalliberale Organ in Berlin, der „Deutsche Kurier“ neue Vorwürfe gegen die Kampfesweise der Konservativen richtet:

In geradezu unerhörter Weise heißt es jetzt wieder, wären die Konservativen im Kreise Osterburg-Stendal den Wahlkampf. Da alle Formen des Terrorismus, der Saalabtreiberei und was dergleichen unschöne Kampfsmittel mehr sind, die Liberalen und den Deutschen Bauernbund nicht abhalten, den Konservativen überall auf den Leib zu rücken, wobei sie selbst bei allen konservativen Parteigängern immer stärkere Erfolge erzielen, wenn die Herren vom Bund der Landwirte und ihr Kandidat Hoersch an der Spitze nun das verwerfliche Mittel an: sie bekämpfen den nationalliberalen Gegenkandidaten, Herrn Wachhorst de Wente, persönlich in einer Weise, die nicht scharf genug gebrandmarkt werden kann.

Nachdem das Blatt dann noch einem nationalliberalen Parteisekretär das Wort gegeben hat, der insbesondere die Art und Weise kennzeichnet, in der der konservative Kandidat, Herr Hoersch, selbst die Polemik führt, schließt es mit dem Senfzer:

Für wahr, tiefer kann die konservative Kampfesweise nicht mehr sinken. Man merkt, daß die Partei der „anständigen Leute“ jede Selbsterhaltung und jedes Geschäft für politischen Unfug verloren hat — aus Furcht vor dem Verlust des Mandats.

Alle diese Erfahrungen halten aber, wie man weiß, die Nationalliberalen nicht ab, die Konservativen heraus zu hauen, wenn es gegen die Sozialdemokraten geht. Man schlägt sich und man verdirbt sich.

Die Drohung der Regierung. Eine manchmal offiziell behauptete Korrespondenz behauptet, daß beim Scheitern der Besoldungsreform die Regierung auch auf die Vorlage über die Reichsbeiträge für Altpensionäre und Althinterbliebene verzichten will. Das heißt also: kommt der Reichstag in der Besoldungsvorlage der Regierung nicht entgegen, so daß diese Vorlage zum Scheitern kommt, dann sollen die Altpensionäre dafür büßen. Das wäre ja eine noble Tat.

Die Leipziger Menge verurteilt. Der Vorstand der Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig hat auf die pöbelige vorzeitige Kündigung des ärztlichen Beiratsvereins beschloffen, die Freistellungsbilligung anzufordern, durch die festgestellt werden soll, daß der gegenwärtige Vertrag noch bis Ende 1916 weitergeht.

## Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

161] (Nachdruck verboten.)

In Alsted, nicht weit vom Strande, stand ein Wirtschaftshaus, das, nachdem es bereits seit Jahren Babegütern, welche in den vornehmsten Orten längs der Küste kein Unterkommen mehr gefunden, aber durch die Ruhe und Billigkeit des Ortes angelockt waren, eine bescheidene Unterkunft gewährt, sich seit dem letzten Herbst, auf Anregung und zum großen Teil mit dem Gelde des Grafen, zu einem kleinen pensionierten Hotel umgestaltet hatte. Es wurde von einer jungen Witwe gehalten, die dem Herrn Grafen keine Pfaffen für die dortgehenden selber zählte, wie sie sich denn auch sonst seiner Protection in jeder Weise erfreute und dem Herrn Grafen dafür ganz gewiß war. In dem oberen Stock des Hauses oder waren zwei Zimmer, die der Graf schon meistens als Arbeitszimmer benutzte, wenn er sich bei einer Strandspazierung so sehr verschleißt hatte, um noch nach Göttern oder Solingen zurückzugehen zu können. Die beiden Zimmer waren die vornehmsten im Hause, und es war selbstverständlich, daß eine Dame, die sich von einem über Ertrachten anstehenden Mann auf eine solche Strand-erholung wollte, in einem derselben gemütlich wohnen und der Hausfrau, für die Dame begünstigt, sich das andere erbat, um sich ebenfalls ein wenig zu verschönern. Die beiden Zimmer waren durch eine Tür verbunden, aber das ging ja schließlich niemand etwas an, am wenigsten die Witwe, die mit ihren übrigen Söhnen — den beiden jungen Kaufleuten, welche die Eisenbahn- und Hafenarbeiten leisteten, den Kapitänen und Steuerleuten und was für Menschen sich denn sonst noch an einem solchen Orte wie der heutigen in den Wirtschaftshäusern unter zusammengehangen haben mochten — natürlich hinreichend zu tun hatte. Kein Mensch würde sich um die Geschlechter kümmern, und wenn sie die ganze Nacht durchblieben, und man gar eine Stunde, wobei es möglich ist, daß die Witwe die Nacht des Jockeys erwartet hätte, der, falls er sich noch einstellte, nachdem er sie auf dem Strande verließ, nur ruhig wieder nach Alsted zurück zu kehren sollte.

Während der der Alsted Nummer sich bei Weg, der bisher über die Breite der Strandspazierung, wählten zwei Dänen zusammen, welche, landwärtlich dargelegene Stellen des Strandes, nämlich ein Tor bilden, durch welches man an dem Strande hinübergehen konnte, und das auch schon seit Jahren als ein solches diente, und zwar in die Ufermauer hinein.

Das Rittergut Luppe in der Kreishauptmannschaft Bauhen wechselte in wenigen Jahren vier Mal seinen Besitzer. Die Landbank Berlin gab das Rittergut für 260.000 Mark an einen Forstmeister Jellar ab. Nach kaum zwei Jahren verkaufte Jellar das Gut an die Holzhandlung Kupisch u. Seidel in Berlin, die sich daran machte, die Waldbestände wegzuräumen. Aus dem geschlagenen und verkauften Holz löste sie über 300.000 Mark. Jetzt hat ein Leipziger das Gut für 210.000 Mark übernommen.

Unangenehm Mittel. Bei der Verlesung der für den Bundesrat bestimmten Vorlesungen soll fortan, wie die „Berliner Volkszeitung“ erklärt, mit größerer Vorsicht als bisher zu Werke gegangen werden. Ganz geheim zu behandelnde Sachen werden nur in einer kleinen Zahl von Abdrucken verschickt. Jeder Abdruck ist mit einer Nummer versehen, und es wird verzeichnet, wer diese und wer jene Nummer erhalten hat. Erforderlichenfalls werden dann die Abdrücke zurückgefordert, um festzustellen, ob etwa einer in unehrenhafte Hände gelangt ist. Bei der Kollisionsnovelle hat sich bis jetzt allem Anschein nach eine solche Feststellung nicht treffen lassen.

Das ist auch ganz erklärlich, denn man kann solche Vorlagen auch abschreiben und dann die Abschriften weiter geben. Den Mitgliedern der Budgetkommission gegenüber wird übrigens längst in der Weise verfahren, daß geheime Schriftstücke mit Nummern versehen und nur gegen Unterschrift ausgehändigt werden. Nach kurzer Zeit werden sie dann wieder eingefordert. Der Inhalt ist freilich nicht so nichtsliegend, daß die Abgeordneten derartige Schriftstücke leichtfertig wieder zurückgeben.

Die Novelle zum Kollisionsgesetz wird dem Reichstage mit Rücksicht auf seine Geschäftsliste erst im Herbst zugehen.

Der Konflikt an der Berliner Handelshochschule. Das Vorkurs-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft hat abermals beschloffen, nur nach Wiederbeginn der Vorlesungen an der Schule in Unterhandlungen mit dem Lehrkörper einzutreten.

Dem gemäßigteren Professor Jastrow ist eine Sympathie-Rundgebung von seinen jüngeren Hörern an der Berliner Universität zugegangen. Die Studierenden an der Handelshochschule in Leipzig drückten den Hörern an der Berliner Handelshochschule ihre lebhafteste Sympathie aus.

„Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes...“ Der in den nächsten Tagen zusammen tretenden Landeshöhe des Fürstentums Lippe wird eine Vorlage über die Erhöhung der Pfarrergehälter unterbreitet werden. Die vorgeschlagene und mit der fortschreitenden Teuerung aller Lebensverhältnisse begründete Erhöhung beträgt im Durchschnitt etwa 25 Prozent. Dabei ist die letzte Aufbesserung erst im Jahre 1907 erfolgt. Die notwendigen Mittel sollen durch eine Erhöhung der Einkommensteuer aufgebracht werden, zu der alle Landesangehörigen beitragen müssen, einerlei, ob sie Christen, Juden oder Heiden sind. Ein Austrittsgesetz gibt es nicht.

Verurteilungen wegen des Erfurter Kriegsgerichtsurteils. Der Redakteur des demokratischen Wochenblattes „Das freie Volk“, Dr. Heinrich Glaser und der Schriftsteller Karl v. Dillthey aus Hamburg wurden am Donnerstag von der 3. Strafkammer des Landesrichters II Berlin wegen Verleumdung der Mitglieder des Erfurter Kriegsgerichts zu je 200 Mark Geldstrafe eventuell 20 Tagen Gefängnis verurteilt und dem vormaligen Kriegsminister, der für die beleidigten Richter den Straftrag gestellt hatte, die Publikationsbefugnis auf Kosten der Angeklagten in der Zeitung „Das freie Volk“ und in den „Hamburger Nachrichten“ zugesprochen. v. Dillthey hatte den infamierten Artikel verfaßt und mit seinem vollen Namen unterschrieben. Dr. Glaser kommt als verantwortlicher Redakteur in Frage. Der Artikel mit dem Titel „Das Erfurter Urteil“ behandelte das Urteil des Erfurter Kriegsgerichts gegen eine Anzahl Landwehrmänner, die nach einer Militärkontrollerversammlung im vergangenen Jahre wegen Widerstands gegen Gendarme zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Der Staatsanwalt hatte je 300 Mark Geldstrafe beantragt. Die Angeklagten werden gegen das Urteil Revision einlegen.

Unerhörtes ist geschehen. Die Stadtgemeinde München hat zu ihrer Vertretung bei der Englandfahrt deutscher Stadtgemeinden den — sozialdemokratischen Gemeinderat Wittl, den Führer der Münchener Sozialdemokraten, ausersehen und für diese Reise Herrn Wittl 100 Mark aus Stadtmitteln zur Verfügung gestellt. Es meldet die bürgerliche Presse, und die konservativen „Post“ bekundet ihren Schmerz darüber wie folgt: „Soweit haben wir es also schon um zweigleichen Bundesstaate gebracht, daß eine königliche Haupt und Residenzstadt einen Sozialdemokraten als ihren offiziellen Vertreter ins Ausland entsendet! Freilich kann man sich darüber kaum wundern, da es sich hier ja um die Stadtgemeinde München handelt, die erst neulich zu Ehren und zur Begrüßung des sozialdemokratischen Sängervereines städtische Steuern bewilligt hat. Sie scheint das Bedürfnis zu fühlen, die traurigen Ruinen noch zu überbieten.“ Wenn die Herrschaften selbst reisen können, dann ist die Sache ganz in Ordnung.

## Ausland.

### Ein Sieg der Epiroten.

Die italienische Telegraphen-Agentur erhält vom epirotischen Komitee Details über einen Sieg und die Besetzung der Stadt Kolonta durch die Epiroten. Dieser Sieg feierte die Epiroten in den Besitz der strategisch wichtigsten Straßen nach Koriza. Der Kampf dauerte den ganzen Tag. Die Verluste der Albaner waren sehr groß; 100 albanische Gendarmen wurden gefangen genommen.

Ueber die Niederlage der albanischen Gendarmerie und der albanischen freiwilligen Truppen herrscht in Durazzo große Unsicherheit. In Regierungskreisen wird die Lage als sehr pessimistisch angesehen, umso mehr, als man keinen Ausweg mehr zu finden glaubt, den siegreichen Epiroten ausreichenden Widerstand entgegenzusetzen. Man ist nunmehr auf die Zustimmung aller von den Epiroten geforderten Konzessionen angewiesen. Nur in den Verhandlungen mit den Führern der Epiroten besteht die einzige Zuflucht, die die albanische Regierung noch hat. Auch verheißt man sich nicht, daß ein derartiger Ausweg die Stellung der Regierung und auch die des Fürsten Wilhelm von Albanien auf das ungünstigste beeinflussen würde. — Die Vermittlerrolle hat jetzt die internationale Kontrollkommission in Valona übernommen, der es auch zu verdanken ist, daß der Leiter der epirotischen Bewegung, Zographos, eine Art Waffenstillstand bedingungsweise bewilligt hat. Die Bedingungen, die Zographos stellt, sind jedoch sehr hart. Er verlangt nichts anderes, als die Annahme sämtlicher Konzessionen, die die Epiroten von den Albanern verlangen, andernfalls er den Vormarsch der Epiroten nicht hemmen wird.

Nachdem Zographos die von der internationalen Kontrollkommission angebotene Vermittlung angenommen hat, sind die Feindseligkeiten einstellt worden. Die weiteren Verhandlungen werden nunmehr in Santi Quaranta stattfinden.

### Sympathiestreit für die ausgeschlossenen Abgeordneten.

In Petersburg brach am Mittwoch als Ausbruch der Sympathie für die aus der Reichsduma ausgeschlossenen Abgeordneten ein Streik aus. Donnerstag vormittag umfaßte der Streik 78 Betriebe mit etwa 50 000 Arbeitern. Die Versuche, in den Arbeiterquartieren Kundgebungen zu veranstalten, wurden von der Polizei unterdrückt. Aber sie zeigen, daß man Rußlands Arbeiter trotz aller Verfolgungen nicht niederknüppeln kann.

### Die Aussichten der Vermittlungaktion im mexikanischen Konflikt.

Die New Yorker Blätter sind heute ziemlich einträchtig der Ansicht, der Vermittlungsversuch könne nur mit einem Fehlschlag enden. Alle Nachrichten aus Veracruz schildern die Lage dort ziemlich düster. Namentlich bilde die beständige Unzufriedenheit von Schuren von Flüchtlingen ein schwieriges Problem der amerikanischen Verwaltung.

Inzwischen scheint Huerta selbst an keine sonderlichen Gefahren zu glauben, da er in Mexiko Villards für sein Präsidentenpalais bestellt und gleich Verja lung mitgeschickt hat. Staatssekretär Bryan konsolidierte nochmals mit den Vertretern Carranza in Washington, jedoch ohne Erfolg, da Carranza und Villa darin einig zu sein scheinen, daß ihnen keinerlei Vermittlung erwünscht ist. Der „Herold“ erklärt allerdings, Carranza werde doch auf eine solche eingehen, sobald Saltillo, Tampico und San Luis Potosi gefallen seien, was er selbst wenigstens hofft, binnen zwei Wochen geschehen sein soll.

Der Kongress in Washington wird vorerst nichts tun, Wilsons Krete zu stören. Er lehnte gestern mit großer Mehrheit einen Antrag des republikanischen Senators Lippitt ab, den Präsidenten Wilson anzufordern, ob er eventuell Villa als mexikanischen Präsidenten anerkennt würde.

Der Vertreter Carranzas erhielt eine Depesche, daß die Rebellen Magaña eingenommen haben. Der Korrespondent der „Associated Press“ meldet, daß von Bord des amerikanischen Kriegsschiffes „Callifornia“ in Magaña in wurden durch die Explosion einer Bombe, welche ein U-Boot in der Kelle in die Straßen der Stadt warf, vier Personen getötet und acht verletzt. Das Feuer zwischen den Befestigungen der Rebellen und der Bundesgruppen dauert an. Die Belagerer sind anheimend im Vorteil.

den Tiere plötzlich zurückzucken, während sie selbst, vollendete Reiter, wie sie beide waren, fast aus den Sätteln geschleudert wurden. Der Lauf des Schwanzes verschloß den Raum zwischen den beiden Dänen wie mit ehernen Säulen.

„Das sind unheimliche!“ sagte Carla.

Der Graf antwortete nicht sofort; er sah, was für die kurzschäftige Carla grau in grau ineinander stieß, in allen Einzelheiten: das in dem oberen, ihnen zunächst gelegenen Teile vom Sturme folgerichtigere Dorf, von welchem fast kein Haus mehr ein helles Dach trug, während in der tieferen Hälfte nur noch hier und da ein und das andere Gebäude, unter ihnen das Wirtschaftshaus und die zwei großen Schuppen der Heringsrancherei, aus einer Wolke hervorschickte, für welche der Graf im ersten Augenblicke keine Erklärung hatte. Es konnte das doch unmöglich die in Licht und Schauer zerplatzende Brandung sein! Wo waren, wenn dies die Brandung, die Häuser, welche hart am Strande in langer Reihe sich hinogen? Wo die hundertfüßig wüthende Fischerboote, die gestern Abend vor dem Ufer weiter heimgefahren? Wo die sechs Jachten, die gestern Abend noch mit Kanonen von Sardinien, an den Masten vor Anker gegangen? Wo die beiden Masten selbst, die man bereits im vorigen Herbst auf gut Glück begonnen und während des wüthen, stürmischen Winters bei dem unglücklich niedrigen Wasserstande bis auf ein geringes Reststück? Wo, wo waren, die Masten, die man — ebenfalls bis auf ein geringes — so hineingehau? Sollte der verdammte Bootenkommandeur, der ihm allemal in die Quere kam, nun doch schließlich Recht behalten? Der Mensch, der in diesem Augenblicke vielleicht die als seine verlobte Braut umarmte, während er —

„Dabei war, wenn's nicht zufällig durch geht“ rief er, sein Pferd die Däne recht langsam spurend, und durch die Hände warf er: ich will wenigstens was von der Geschichte haben.

Carla war ihm gefolgt. Von oben wurde der Kubid freilich nicht trübselig; ja derselbe war so trübselig, daß der Graf jetzt, als sie jetzt die Pferde schritt vor Schritt durch verdrängtes Schilf drängten, sich fragte, ob sie nicht doch lieber umkehren sollten. Und was ihm noch unheimlicher schien, als selbst das dunkle Meer, das waren die beiden Menschen, welche da unten — seinen schwarzen Augen wohl erkennbar — handlunglos wirkten. Ja, wie er jetzt sah, in seinen Schritten die Abhängigkeit des Wänter Halsens, an dessen Fuß sich ein Teil des Daches lehnte, hinauszurollen. Es mochte die sein, welche dem Strande zunächst wohnten, die aber nicht waren, die dort an dem jungen Dänen die Dänenlager aufgeschloß. Was war das für ein Däne? Er konnte es sehen, wie es fertig wurde! Das Dänenpaar war entsetzt.

wande, ihr den Sturm aus nächster Nähe zu zeigen, von dem Schiffe entfernt; man würde aus den Feiern des Gasthofes den Sturm aus nächster Nähe haben! Und doch seine Klänge zu hören in dem Graus da unten — es war toll! Wer so sollte es ja sein! Das tolle Stück in seinem Leben, im Vergleich zu welchem alles vorhergegangene nur ein Kinderpiel!

Es ritten nun wieder auf dem schmalen sandigen Wege zwischen den ersten Säulen. Der Graf sprengte voraus. Es war ihm lieb, daß die Häuser den Kubid noch unten zu verdecken; er wollte Carla, die noch ein paar Mal ängstlich gefragt, ob sie nicht umkehren sollten, erst einmal so weit haben; das andere würde sich finden; und es war vielleicht nicht so schlimm, wie es von oben herab ihm erschienen war; Carla hatte ja überbes gewiß kaum etwas gesehen und war wohl nur vor dem Brausen der Brandung erschrocken, das sich allerdings bereits oben spärlich genug angehört hatte.

Aber was war jenes Brausen im Vergleich zu dem Donner, der ihnen jetzt entgegenstach, als sie aus dem schmaleren Wege zwischen den ersten niedrigen Säulen auf die breite Dorfstraße einbogen, in deren innerem Ende der Gasthof lag und welche direkt zum Meere hinabführte. Die Straße erschien dem Grafen seltsam kurz; in der Tat wählte das Meer, das sonst noch den mehrere hundert Schritt breiten glatten Dorfstrand freilich, seine Wogen weit in die Straße hinein. Und nun die Straße angefüllt mit hegenden, freilegenden, zitternden Weibern und Kindern, rufenden, schreienden Männern, die aus den Häusern über Böden herausschleppten und wieder hinein schleppten, um mehr zu holen und alles samt durcheinander auf die Straße zu schleudern, bevor der Sturm ihnen die Häuser über den Köpfen aufkommen ließ.

„Nicht! Nicht!“ herrschte der Graf.

Es war ihm gar nicht geheimer in dieser Menge, aus der mehr als einer ihn zornig angefiert hatte und kaum dem Pferde ausweichen mochte. Es mochte aus Versehen sein, was ihm das Meer nachschickte, das er auch Versehen — weshalb ging es nicht aus dem Wege — niedergefallen hatte und das jetzt in der Tür ihres Sandens, um die beiden Säulen hatte und dann, mit den Säulen auf ihn deutend, auf ihre Köpfe einwirkte — der entsetzliche Mann verschlang die einzelne Menschgestalt. Verstand der Graf doch nicht die Hälfte von allem, was ihm der junge Kaufmann, der plötzlich — der Graf mochte nicht vorher — herangefahren war, zu ihm hinüberrief, während er fortwährend nach unten deutete: „Mölen — künstliche Welle — Fische ohne Persönlichkeit — keine — wütend — wieder fortkommen —“



## Oesterreich über die Soldaten-Vohellen in Colorado.

Im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten der österreichischen Delegation beantwortete der Minister des Aeußern Graf Tschirch eine Anfrage des Sozialdemokraten Ellenbogen wegen der Streikunruhen in Colorado und erklärte, daß der österreichisch-ungarische Konsul in Denver in seinem Auftrage Schritte wegen eines wirksamen Schutzes der österreichisch-ungarischen Untertanen getan habe, leider habe sich herausgestellt, daß zwei österreichisch-ungarische Staatsangehörige getötet wurden und größere Beschädigungen von Vermögen vorgekommen seien. Diese trübeproduzierenden Tatsachen seien durch den österreichisch-ungarischen Botschafter zur Kenntnis des amerikanischen Staatsdepartements gebracht worden. Die österreichisch-ungarischen Vertreter würden mit allem Nachdruck für die berechtigten Interessen ihrer Landsleute eintreten.

## Wahlen in der Schweiz.

Am Sonntag, den 8. Mai, hat das Berner Volk sein Parlament und seine Regierung erneuert. Die bisherige Regierung — Freisinnsherrn mit einer kleinen Kongregation an die Konfessionen — wurde bestätigt. Die Sozialdemokratie hatte den Beschluß gefaßt, angesichts des geringen parlamentarischen Postens keine Vertretung zu beanspruchen. Die Erneuerung des Parlaments fand dagegen besonders in der Stadt Bern im Zeichen des Wahlsieges statt. Die bernische Sozialdemokratie eroberte einen der drei Kreise mit neun Mandaten aus eigener Kraft, unterlag dagegen in den bürgerlichen Stadtteilen mit sehr starken Minderheiten, die ihr bei einem gewöhnlichen Wahlverfahren in der Stadt mehr als zwölf Mandate gegeben hätten. Im übrigen Kanton eroberte die Sozialdemokratie 12 Mandate, jedoch sie ins neue Parlament mit sechs Mandaten statt bisher mit fünfzehn einzog. Diese geringe Mandatsvermehrung erhält aber ihre Bedeutung dadurch, daß gleichzeitig die Mandatszahl der regierenden Freisinnspartei von 181 auf 169 sank, weil die Zahl der Stimmberechtigten auf ein Mandat vermehrt wurde. Auch die Mandatszahl der anderen Minderheitspartei, der Konservativen, stieg von 30 auf 32. Im alten Rat standen 181 Mann von der Regierungspartei 45 von der Opposition gegenüber; im neuen Rat stehen circa 160 Mann von der Regierungspartei und 48 Oppositionellen gegenüber. Die Opposition ist von 20 auf 30 Prozent angewachsen. Daß die herrschende Partei über fastfälligkeit nur durch das Majoritätsprinzip der Reichstagswahl ihre große parlamentarische Macht aufrechterhalten kann, zeigt der Umstand, daß am gleichen Sonntag zwei Gesetze, die wegen ihrer reaktionären Charaktere von der Sozialdemokratie bestritten wurden, vom Volke mit wuchtigem Mehr abgelehnt wurden. Das Berner Volk besaßenerlei fast regelmäßig seine parlamentarische Mehrheit, die so ein Koloss auf dünnen Füßen ist.

Auch das Baseler Volk hat am Sonntag sein Parlament für drei Jahre neu bestellt. Die Regierungswahlen sind nicht zustande gekommen. Von den sieben Regierungskandidaten hat nur ein einziger, ein Unparteiischer, der gleichzeitig von den Freisinnigen und von den Sozialdemokraten auf die Liste genommen worden war, das absolute Mehr überlebt. Die beiden bisherigen Sozialdemokraten in der Regierung erhielten die höchsten Stimmenzahlen und der eine (Wulfschläger) erhielt nahezu das absolute Mehr. Es wird zum nächsten Wahlsatz kommen, sei denn das relative Mehr gilt. Die Sozialdemokraten werden sicher beibehalten werden.

Bei den Grobrotwahlen (Parlamentserneuerung) traten zwei neue Parteien auf, die Demokraten, die vom offiziellen Freisinn ein wenig nach links abwichen, und die Bürgerpartei, die vom offiziellen Freisinn ein gut Stück nach rechts abwich. Infolgedessen ist die freisinnige Fraktion von 38 auf 28 Mandate zurückgegangen, während die neue demokratische Partei es auf 8 Sitze brachte und die bürgerparteilichen Dissidenten von 6 auf 17 Sitze angewachsen sind. Der in Basel geltende Proporz ist der Bildung solcher kleinen Gruppen günstig, jedoch die drei Parteien, die früher den Freisinn bildeten, es von 42 auf 48 Mandate durch das getrennte Marschieren gebracht haben. Die Evangelisch-Konfessionellen, die sich „Liberale“ nennen, verloren zwei Sitze und die Katholisch-Konfessionellen gewinnen einen Sitz. Die Sozialdemokratie ging von 47 auf 42 Sitze zurück — es ist dies die vorzunehmende Folge der Abwanderung durch die Kräfte im Bauwesen. Von einem Rückgang unserer Partei ist keine Rede, die Wähler für den Proporz ist durch das Auftreten neuer Parteien hinaufgedrückt worden.

Nachtritt des russischen Ministerpräsidenten Kornejew. Der russische Ministerpräsident Kornejew hat im Ministerium halbtags eine Veränderung bevorzucht. Voraussichtlich wird der Ministerpräsident Goremykin seine Entlassung einreichen. Sein Nachfolger soll der auswärtige Unterstaatssekretär im Ackerbauministerium, Graweschin, werden.

## Gewerkschaftliches.

### Unterdrückung der Arbeiter — kein Terrorismus?

Im Gebiet von Groß-Rungendorf (Kreis Meisse) befinden sich die großen schlesischen Marmorbetriebe. Das Meißner Gebiet wird allgemein wegen der „religiösen“ Bevölkerung und der Herrschaft der Geistlichkeit als das schließliche Rom bezeichnet.

Seit längerer Zeit wird unter den dortigen Steinarbeitern Agitation getrieben, die nicht ohne Erfolg war. Als den Unternehmern und ihren Trabanten bekannt wurde, was vor sich geht, wurden sofort Gegenmaßnahmen ergriffen. Auf preussische Weisung war es so nicht möglich, ein Versammlungsort zu bekommen, während man uns auf österreichischem Gebiet gern aufnahm. Die Unternehmern setzten nun alle Hebel in Bewegung, uns das Lokal abzurufen, was auch gelang. Eine weitere Folge waren dann Massregelungen.

Vor kurzem stellte nun ein Arbeiter seinen Garten zu einer Steinarbeiter-Versammlung zur Verfügung, natürlich gegen Bezahlung. Diesem wurde nun mitgeteilt, falls die Versammlung stattfinden werde, werde ihm von der Spar- und Darlehenskasse das Geld geliehen. Der Arbeiter ließ trotzdem die Versammlung abhalten. Der Buchhalter einer Steinbau-Firma wohnte in nächster Nähe des Versammlungsortes. Er stellte ein Examinum an das geöffnete Fenster und ließ während der ganzen Rede seine Welfen ertönen. Daß dieser Raummacher die Anwesenden nicht auf seiner Seite habe, bewies die Erbitterung, die sich bemerkbar machte. Die Polizei war natürlich auch anwesend und wies die Anwesenden, ihr bekannten Oesterreicher, vom Platz ab.

Der Vorstand und der Ausschuss der Spar- und Darlehenskasse von Groß-Rungendorf kündigte dem Besitzer des Gartens das Geld und verlangte außerdem, er solle seinen Austritt aus der Kasse erklären. Das wurde verweigert. Der Betroffene ist über zwei Jahre Mitglied des Vereins und sein Darlehen betrug kaum ein Fünftel des Wertes vom Grundstück. Wie schon erwähnt, ist in dieser Gegend alles streng religiös. Die strengsten Maßnahmen merkt man aber von Religion und Nächstenliebe nichts. Das Bibelwort: Du sollst das Recht deiner Armen nicht beneiden in deiner Sache, scheint den Herren fremd zu sein. Waren die Vertreter der Kasse in der Steinindustrie beteiligt, so könnte man behaupten, das persönliche Interesse sei in der Kündigungsfrage das bestimmende Moment. Es kommen aber nur Arbeiter (Sparen) in Betracht. Der größte Teil der Arbeiter sind aus der Gegend von Rungendorf, die die Kasse für den Bau der Eisenbahn (Sparen) in Betracht. Der größte Teil der Arbeiter sind aus der Gegend von Rungendorf, die die Kasse für den Bau der Eisenbahn (Sparen) in Betracht.

wieder ausließen lassen und auch manchmal bei den Stellenbesitzern wohnen. Die Dorfgrößen scheinen nur Angst zu haben, daß die Steinarbeiter, wenn sie organisiert sind, zu viel verdienen und sich dann nicht mehr demütigvoll ihrem Willen fügen würden.

Aber auch im Betriebe wurde dem Arbeiter gekündigt; trotzdem er bereits zehn Jahre beschäftigt ist und vor kurzer Zeit von dem Geschäftsführer als der beste Arbeiter geschätzt wurde. Ein Besuch um die Wiedereinstellung blieb ohne jeden Erfolg. Offenlich sorgt die Arbeiterschaft dafür, daß die Organisationen noch besser ausgebaut wird. Die Mühseligkeit ist geboten, da die umliegenden Orte vollständig organisiert sind und mit Hilfe der Organisationen schon bedeutende Verbesserungen erreicht haben.

### Stadt und Provinz.

Die in Breslau neugegründete Sektion der Langordner hielt am Dienstag, den 6. Mai, im „Bär auf der Ogel“ eine öffentliche Versammlung ab. Außer den Mitgliedern der Sektion hatten sich auch eine Anzahl Mitglieder des Breslauer und schlesischen Langordnervereins eingefunden. Das Thema: Warum haben wir uns gewerkschaftlich organisiert, behandelte Sent ausführlich. Er zeigte, wie sich jetzt auch die Saalhaber nur von dem Bestreben leiten lassen, sich immer mehr ausmengen zu lassen, um den Forderungen der Mutter und Langordner auf Besserstellung ihrer Lage entgegenzutreten. Der Mutterberuf sei praktisch nicht von dem Beruf der Langordner zu trennen, und das Gewerkschaftsstatut werde schon eine Schlichtung gegen das koalierte Unternehmertum bilden. Dazu gehört aber, daß die Langordner den Ständebürokraten lassen lassen und sich als Arbeiter fühlen. Die meisten Langordner mühten diesen Nebenberuf doch nur deshalb zu erhalten, weil der Hauptberuf zu wenig einbringt, um sich anständig durchs Leben zu schlagen. Bessere Lebensbedingungen kann man aber nur durch Organisation erreichen. Man kann aber nicht im Hauptberufe gewerkschaftlich organisiert sein und im Nebenberufe nicht der zuständigen Sektion, sondern einem bürgerlichen Langordnerverein angehören. Das trifft bei der Mehrheit der Mitglieder des Breslauer und auch schlesischen Langordnervereins zu. Es wird Zeit, daß diese Mitglieder den wirklichen Organisationsgedanken verlassen und sich der Sektion anschließen. Sollte es einmal zum Kampfe kommen, dann müßten doch die Sozialisten bedenken, daß ihnen der Hauptberuf aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung zufließt.

Zwei Redner vom Breslauer Langordnerverein meldeten in der Ansprache die Gründung der Sektion sei nicht nötig gewesen, sie wollten mit dem Eintritt warten und erst sehen, ob die Sektion auch lebensfähig sei, während ein anderer Redner von demselben Verein der Sektion sympathisch gegenüberstand. Nach einem kurzen Schlusswort des Redners, der die Anwesenden aufforderte, der Sektion beizutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

Darauf fand unter Leitung des Kollegen Robert Mahfel noch eine Sektionsversammlung statt, in der er äußerte, daß nicht nur die Vertreter der Sektion stehenden Langordner hindern, ihren Beitritt zu erklären. Es ist aber nötig, daß die Gewerkschaften, in der die Langordner im Hauptberuf organisiert sind, dafür Sorge tragen, daß sich diese der Sektion anschließen. Die Langordner der Sektion tragen in Ausübung ihres Berufs Schleißen in den Farben gelb und blau mit gelber Aufschrift, während die bürgerlichen Vereine schwarz-weiß-rote Schleißen haben. Nachdem noch ein Beschluß gefaßt wurde, die „Volksmacht“ zu erziehen, die bürgerlichen Vereine nicht durch Aufnahme von Inseraten und lokale Besprechungen zu unterstützen, wurde die Versammlung geschlossen.

### Deutsches Reich und Ausland.

Nachlässe zur Meißner. Die Grundverwaltungen im Ruhrrevier — namentlich im Dortmund und Regier — haben durchweg erhebliche Geldstrafen verhängt über die Bergleute, die am 1. Mai gefeiert haben. Entschuldigungen resp. Abmeldungen wurden nirgends angenommen. Es sind Strafen verhängt worden im Betrage von 2.50 und 3 Mk., meist aber in Höhe eines vollen Schichtlohnes. Die Strafen wurden verhängt obwohl jede Woche wegen Mangel an Absatz geleert wird. Es gibt hier Bechen, die am 30. April wegen Mangel an Absatz feiert haben, aber das Feiern am 1. Mai mit Strafe bedroht. Es fährt sich in diesen Tagen zum 26. Male der große Bergarbeiterstreik von 1889. Die Herren wollen befinden, daß sie heute noch genau wie damals im Arbeiter nur den Sklaven erblicken, über dessen Arbeitskraft sie nach Willkür verfügen.

Die Verhandlungen in der Oberpfälzischen Glasindustrie vor dem Gewerbegericht zu Fürth haben noch zu keinem Abschluß geführt, weil die Vertreter der Unternehmer erklärten, keine Vollmacht zu besitzen, um irgend welche Zugeständnisse machen zu können. Diese Erklärung glaubten die Herren jedenfalls abgeben zu können, weil der christliche Keramarbeiterverband den bestehenden Tarifvertrag nicht gekündigt hat und in einem früheren Termin das Eingangsamt in Fürth erklärte, daß, weil der Vertrag nicht gekündigt sei, er für die Christlichen noch zu Recht bestehe. Diese Erklärung gab der Vertreter der Unternehmer während der Verhandlungen ab. Der christliche Keramarbeiterverband hat sich damit von den Industriellen befreit lassen, daß er mit seinen kaum 100 Mitgliedern verhindert, etwas Ersparliches für die Arbeiter zu schaffen.

Auf dringendes Ersuchen des Magistratsassessors Schwinnig erklärten die Industriellen sich bereit, von den übrigen Industriellen Vollmacht einholen zu wollen, um eventuelle Zugeständnisse zu machen. Die Verhandlungen wurden darauf bis zum 13. Mai vertagt.

Zehnwöchiger der Bäckergesellen von Paris. Am Donnerstag vormittag sprachen sich die Bäckergesellen von Paris und Umgebung grundsätzlich für den Streik aus, der von dem Syndikatsausschuß bei der ersten allseitigen Gelegenheit erklärt werden soll. Sie fordern die vollkommene Durchführung eines halbmonatlichen Ruhetages und den Fortfall der Ueberstunden.

Der Streik der spanischen Gesellen hat im Laufe des Donnerstags weiter um sich gegriffen. Nach einer aus Madrid vorliegenden Meldung sind bisher im ganzen 14 spanische Schiffe in spanischen und ausländischen Häfen außer Betrieb gesetzt worden. Nur die afrikanischen Kohlenbrenner wurden durch die Ausländer nicht in den Streik einbezogen. In Wilkas selbst herrscht völlige Arbeitsruhe. Ausländische und Reeder beharren auf ihrem Standpunkt. Die Regierung hat ihre Vermittlung angeboten, aber die Reeder wieseln das Angebot zurück. Das seemannliche Personal aller spanischen Schiffe, auch der Compagnie transatlantique Espagnole erklärte sich telegraphisch für die Teilnahme an dem Streik. Infolge des allgemeinen Streiks der Seeleute sind mehrere mit Kohlen für das Arsenal der Kreuzfahrtsmarine in El Ferrol beladene Dampfer außerstande, ihre Ladung zu löschen, da die Dockarbeiter sich dem Streik angeschlossen haben.

## Jugendbewegung.

Gegen die Arbeiterjugend. Schwarz-Rabbiner hat das Amtsgericht Lüdinghausen gegen die Arbeiterjugend in Seim im Münsterlande angeklagt. Auf Anordnung des Amtsgerichts ist bei den Genossen Stos und Düvel gehandelt worden. Alles was mit der Arbeiterjugend zusammenhängt — Wohnungsverhältnisse der Arbeiterjugend, Jugendüberläufer, Flugblätter — wurde beschlagnahmt. Auch ein Verzeichnis der Abonnenten und eine Liste der Familienmitglieder der Arbeiterjugend wurde beschlagnahmt. Die Arbeiterjugend hat sich dem Streik angeschlossen.

brochen worden. Die vorgeschriebenen Beugen waren bei der Durchsicht nicht zugegen. Von Seim aus, das eine junge Bergwerksindustrie hat, erfolgt der Vormarsch der Sozialdemokratie ins finstere Münsterland. Und das fürchtet man.

## Frauenbewegung.

Das Frauenwahlrecht vom englischen Oberhaus abgelehnt. Nach zehntägiger Beratung lehnten die Lords Mittwoch mit 140 gegen 60 Stimmen den von Lord Selborne eingebrachten Gesetzentwurf ab, der den Frauen das Parlamentwahlrecht geben will, welche das Kommunalwahlrecht besitzen. Dies ist das erste Mal, daß im Oberhaus das Frauenwahlrecht zur Beratung kam.

## Schlesien und Posen.

Glogau, 8. Mai. Blutige Schlägerei zwischen Militär und Zivil. Im Kaffeeautomaten-Restaurant entstand zwischen Pionieren und Zivilpersonen eine blutige Schlägerei. Einem Soldaten wurde das Seitengewehr entrissen und er damit so schwer verletzt, daß er mittels Krankenkorbes sofort nach dem Garnisonlazarett gebracht werden mußte. Mehrere andere Teilnehmer liegen ebenfalls krank darnieder. Das Mobiliar des Restaurants wurde zum großen Teil demolirt.

Hirschberg, 8. Mai. Festgenommenes Stillisch. Seit 2 1/2 Jahren. Der Vollst. gelang es, einen gefährlichen Stillischverbrecher festzunehmen. Es ist der in Warmbrunn bei den hiesigen Frauen das Parlamentwahlrecht geben will, welche das Kommunalwahlrecht besitzen. Dies ist das erste Mal, daß im Oberhaus das Frauenwahlrecht zur Beratung kam.

Freystadt, 8. Mai. Eine teure Zigarre. Recht teuer ist dem Gärtniker Woll Frank aus Pirben (Kreis Freystadt) eine Zigarre zu stehen gekommen, die er am 6. Oktober rauchte. Als er nämlich am genannten Tage in angetrunkenem Zustand sich nach Hause begab, ging er unterwegs in die Scheune eines Gutbesizers, um hier ein Bedürfnis zu befriedigen. Von der Zigarre, die er rauchte, waren offenbar einige Funken in das Stroh gefallen, denn wenige Minuten nachdem er die Scheune verlassen hatte, stand diese in Flammen. Der Angeklagte hatte sich daraufhin vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten, welche ihn trotz seiner Behauptung, nicht in der Scheune gewesen zu sein, wegen fahrlässiger Brandstiftung zu 300 Mark Geldstrafe verurteilte.

Landeshut, 8. Mai. Gerichtsvollzieher und Schweinefuchse. Die gewiß nicht allfällige Frage, ob ein Gerichtsvollzieher in Ausübung seines Amtes ein verbotenes Gehöft betreten darf, dürfte nächstens von Gerichtsstelle aus entschieden werden. In Neuzendorf hiesigen Kreises war ein kleiner Landwirt in Zahlungsschwierigkeiten geraten und die Pfändung seiner Habe stand ihm bevor. Eines schönen Tages erschien denn auch der Gerichtsvollzieher, um die Pfändung vorzunehmen. Da er den Besitzer oder eine ihn vertretende Person nicht antraf, zog er auf Grund des § 759 der Zivilprozessordnung zwei erwachsene Zeugen hinzu. Diese beiden Zeugen waren zwei im Dorfe anwesende Schweinehändler. Nun war aber auf dem Gehöfte die Schweinefuchse ausgebrochen. Da nun aber nach dem Seuchengesetz kein Mensch, folglich auch kein Beamter, noch viel weniger aber die beiden Zeugen, ein solches Gehöft betreten darf, der Gerichtsvollzieher aber unter anderen Gegenständen auch die verbotenen Schweinefuchse fand, so hat jetzt der Richter gegen alle drei Personen Anzeige wegen Uebertretung des Seuchengesetzes erstattet, zumal durch eine an demselben bemerkbarer Stelle angebrachte Tafel auf die Seuchengefahr hingewiesen war.

Sauer, 8. Mai. Das Langvergnügen war schuld. Wegen unerlaubter Entferrnung von Truppenenteil wurde der Musketier Wittner der 4. Kompanie Infanterie-Regts. Nr. 184 vom Kriegsgericht Glogau zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte war Ofizier auf Urlaub in Waldenburg, zog es aber vor, anstatt am 14. April sich bei seinem Truppenenteil einzufinden, sich zehn Tage in der Woldenburger Gegend herumzuverweilen, bis er am 26. April verhaftet wurde. Er gab an, er habe erst am Sonntag den 20. April zur Truppe zurückkehren wollen, weil er am 25. noch ein Langvergnügen habe mitmachen wollen.

Meisse, 8. Mai. Zum Soldatenleben wenn Neigung hat der Kanonier Alfred Vogt vom hiesigen Artillerie-Regiment. Er ist im Zivilleben als auch in seiner militärischen Laufbahn schon ganz erheblich vorbestraft. Jetzt stand er wieder vor dem Kriegsgericht der 11. Division in Breslau wegen Fahnenflucht, Betrug im Rückfall und Verleitung eines falschen Namens. Vogt wurde zu einem Jahre und drei Monaten Gefängnis, Verlegung in die zweite Klasse und drei Wochen Haft verurteilt.

Wingsig, 8. Mai. Eine über 60 Jahre alte Frau vom hier hatte am 16. Dezember vor. Jahres mit einem Forstbeamten auf der Chauffee eine Begegnung. Der Beamte fragte sie, was sie unter dem Arme trage, worauf ihm der Bescheid wurde, daß es in Zeitungspapier eingewickelte Wäsche sei. Ihrem Sohne und anderen Leute erzählte die Frau noch diesem Vorkommnis, der Forstbeamte habe an sie ein unsauberes Anstehen auf der Chauffee gestellt. Die Sache sprach sich bald herum und es erfolgte von der angeblich Beschäftigten ein Privatklagenantrag gegen den Forstbeamten wegen unzüchtlicher Beleidigung. Dieses Verfahren wurde vorläufig noch nicht eröffnet, weil die Staatsanwaltschaft den Spieß umdrehte und gegen die Frau Anzeige wegen toffentlich falscher Anschuldigung erhob. Des Beamten hatte die gegen ihn erhobene Beschuldigung als vollkommen aus der Luft gegriffen bezeichnet. Diese Angabe wiederholte er auch vor der Breslauer ersten Strafkammer unter dem Begehren, die Frau dagegen hielt vor Gericht ihre Behauptung für richtig. Die Frau dagegen hielt vor Gericht ihre Behauptung für richtig. Die Frau dagegen hielt vor Gericht ihre Behauptung für richtig.

Der Streik der spanischen Gesellen hat im Laufe des Donnerstags weiter um sich gegriffen. Nach einer aus Madrid vorliegenden Meldung sind bisher im ganzen 14 spanische Schiffe in spanischen und ausländischen Häfen außer Betrieb gesetzt worden. Nur die afrikanischen Kohlenbrenner wurden durch die Ausländer nicht in den Streik einbezogen. In Wilkas selbst herrscht völlige Arbeitsruhe. Ausländische und Reeder beharren auf ihrem Standpunkt. Die Regierung hat ihre Vermittlung angeboten, aber die Reeder wieseln das Angebot zurück. Das seemannliche Personal aller spanischen Schiffe, auch der Compagnie transatlantique Espagnole erklärte sich telegraphisch für die Teilnahme an dem Streik. Infolge des allgemeinen Streiks der Seeleute sind mehrere mit Kohlen für das Arsenal der Kreuzfahrtsmarine in El Ferrol beladene Dampfer außerstande, ihre Ladung zu löschen, da die Dockarbeiter sich dem Streik angeschlossen haben.

Der Streik der spanischen Gesellen hat im Laufe des Donnerstags weiter um sich gegriffen. Nach einer aus Madrid vorliegenden Meldung sind bisher im ganzen 14 spanische Schiffe in spanischen und ausländischen Häfen außer Betrieb gesetzt worden. Nur die afrikanischen Kohlenbrenner wurden durch die Ausländer nicht in den Streik einbezogen. In Wilkas selbst herrscht völlige Arbeitsruhe. Ausländische und Reeder beharren auf ihrem Standpunkt. Die Regierung hat ihre Vermittlung angeboten, aber die Reeder wieseln das Angebot zurück. Das seemannliche Personal aller spanischen Schiffe, auch der Compagnie transatlantique Espagnole erklärte sich telegraphisch für die Teilnahme an dem Streik. Infolge des allgemeinen Streiks der Seeleute sind mehrere mit Kohlen für das Arsenal der Kreuzfahrtsmarine in El Ferrol beladene Dampfer außerstande, ihre Ladung zu löschen, da die Dockarbeiter sich dem Streik angeschlossen haben.

Der Streik der spanischen Gesellen hat im Laufe des Donnerstags weiter um sich gegriffen. Nach einer aus Madrid vorliegenden Meldung sind bisher im ganzen 14 spanische Schiffe in spanischen und ausländischen Häfen außer Betrieb gesetzt worden. Nur die afrikanischen Kohlenbrenner wurden durch die Ausländer nicht in den Streik einbezogen. In Wilkas selbst herrscht völlige Arbeitsruhe. Ausländische und Reeder beharren auf ihrem Standpunkt. Die Regierung hat ihre Vermittlung angeboten, aber die Reeder wieseln das Angebot zurück. Das seemannliche Personal aller spanischen Schiffe, auch der Compagnie transatlantique Espagnole erklärte sich telegraphisch für die Teilnahme an dem Streik. Infolge des allgemeinen Streiks der Seeleute sind mehrere mit Kohlen für das Arsenal der Kreuzfahrtsmarine in El Ferrol beladene Dampfer außerstande, ihre Ladung zu löschen, da die Dockarbeiter sich dem Streik angeschlossen haben.

Der Streik der spanischen Gesellen hat im Laufe des Donnerstags weiter um sich gegriffen. Nach einer aus Madrid vorliegenden Meldung sind bisher im ganzen 14 spanische Schiffe in spanischen und ausländischen Häfen außer Betrieb gesetzt worden. Nur die afrikanischen Kohlenbrenner wurden durch die Ausländer nicht in den Streik einbezogen. In Wilkas selbst herrscht völlige Arbeitsruhe. Ausländische und Reeder beharren auf ihrem Standpunkt. Die Regierung hat ihre Vermittlung angeboten, aber die Reeder wieseln das Angebot zurück. Das seemannliche Personal aller spanischen Schiffe, auch der Compagnie transatlantique Espagnole erklärte sich telegraphisch für die Teilnahme an dem Streik. Infolge des allgemeinen Streiks der Seeleute sind mehrere mit Kohlen für das Arsenal der Kreuzfahrtsmarine in El Ferrol beladene Dampfer außerstande, ihre Ladung zu löschen, da die Dockarbeiter sich dem Streik angeschlossen haben.







## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. Mai.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Rafsch und fast debattelos widerte sich gestern die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung ab, hätten nicht in paar wichtige Referenten gefehlt, es wäre vielleicht gar nichts für den nächsten Sitzungstag übrig geblieben. Nur selten erhob sich zwischen den kurzen Referaten, an denen von unserer Fraktion die Genossen Koschik, Scholz II, Schütz, Wiener, Wittke, Schollch und Ziegler teilgenommen waren, ein Redner, der ein paar Bemerkungen zu den in Betracht kommenden Punkten machte.

Bei der Vorlage betreffend Gleisverbindungen in der Krausstrasse regt Stadtverordneter Wiener an, eine von der Siedelstrasse durch die August- oder Spitzstrasse bis an die Gräbichenerstrasse zu führen und diesen Stadtteil endlich an das Netz der städtischen Bahnanzuschließen. Eine Antwort vom Magistratsrat erfolgte auf diese berechtigende Anregung nicht. Später wurde die Fortführung der städtischen Linien nach Rothscham von den Stadtverordneten Cardocus, Finger und Goeblisch verlangt, vom Magistrat aber wegen der Differenzen mit der Gräbichener Bahn nicht in Aussicht gestellt. Herr Goeblisch wünscht sogar die baldige Uebernahme der Gräbichener Bahn durch die Stadt, und Herr Finger legte sich für die „Verrenteter Auslastungen“, die sich dort eine Villa bauen und seine Straßenbahn haben, ins Zeug.

Der Antrag, für das Arbeitshaus drei neue Aufseher anzustellen, wurde auf Wunsch des Stadtverordneten Neumann dem Ausschuss überwiesen, weil Anzeichen dafür bestehen, daß die sogenannte Meuterei im Arbeitshause auch auf das höchst sonderbare Benehmen des Inspektors Winkler zurückzuführen ist.

Zwischen durch wurden auch die drei Stadträte Allee, Digner und Jungfer wiedergewählt, mit den in vorheriger Sitzung gewählten Herren Prof. Fränkel, Rosenbaum, Grund und Müller ist der Magistrat jetzt wieder vollständig. Einer dieser Herren, Professor Dr. Fränkel, der berühmte Frauenarzt, feierte übrigens am Dienstag den von der Heimat und allen Schulbungen entzogen, einen 70. Geburtstag. Das veranlaßt uns, auch an dieser Stelle dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß die Kraft des selten rüstigen Arztes und Wissenschaftlers unserer Stadt noch lange erhalten bleiben möchte. Wie wenige hat gerade Prof. Fränkel das Verdienst, die sozialpolitische Arbeit unserer Kommune vorwärts geschoben zu haben, sein unermüdbliches Wirken auf den Gebieten der Säuglingspflege, des Krankentums und darin besonders der Fernpflege ist den weitesten Kreisen bekannt. Wenn Breslau nun seine ungünstige Stelle in der Statistik der Säuglingssterblichkeit immer deutlicher verliert, so danken wir das in erster Linie mit der Wirksamkeit des Herrn Prof. Fränkel, aber auch in der Tuberkulosebekämpfung und zur Hebung der allgemeinen Gesundheitspflege überhaupt hat er stets sein gewichtiges Wort in die Magische Welt geworfen und mit seiner großen Erfahrung jeden Fortschritt gefördert. So haben besonders wir Anlaß, ihm noch eine lange Wirksamkeit zu wünschen.

Zu Beginn der Sitzung hatte der Vorsteher dem verehrten Stadtverordneten Dzigdecki einen Nachruf geleistet.

### Mehr Aufseher für das Arbeitshaus.

Der Magistrat beantragt, für das städtische Arbeitshaus auf der Sternstrasse noch drei Aufseher anzustellen, weil die vorhandenen nicht ausreichen. Der Berichterstatter Stadtr. Uhr (Konf.) ersucht, die Magistratsvorläge anzunehmen.

Stadtr. Neulich (Soz.): Ich beantrage, die Vorlage dem Ausschuss zur Vorberatung zu überweisen. Der Magistrat erklärt in der Begründung seines Antrages: „In der letzten Zeit vorgekommene Widerlichkeiten der Hauskassa zwingen uns jedoch, das Personal möglichst bald zu verstärken“. Der Magistrat denkt hierbei sicherlich an die sogenannte Meuterei, die Anfang März 1914 im Arbeitshause ausgebrochen ist. Es erscheint zweifelhaft, daß solchen Vorkommnissen recht wirksam ein drei neuen Aufsehern begegnet wird. Zweifellos gilt auch hier, daß es leichter ist, Widerlichkeiten vorzubeugen, als sie zu unterdrücken. Nach Mitteilungen, die ja auch dem Herrn Oberbürgermeister zugehen, soll nämlich an der „Meuterei“ das Verhalten des Arbeitshaus-Inspektors Winkler schuld sein. Es handelt sich um Dinge, die hier nicht geprüft werden können, weshalb ich die Ausschuss-Beratung vorschlage.

Die Ueberweisung an den Ausschuss 6 wird beschlossen.

Die Gleisverbindung Krausstrasse-Kaiser-Wilhelmstrasse, die einen durchgehenden Verkehr der Linien 18 und 19, sowie 22 und 23 ermöglicht, wird vom Berichterstatter Stadtverordneter Leß zur Annahme empfohlen.

Stadtr. Wiener (Soz.) regt hierbei an, für die Bewohner der Gräbichenerstrasse eine bessere Verbindung mit dem Stadtinnern dadurch herbeizuführen, daß man eine der drei durch die Gabelstrasse führenden Linien bis an die Gräbichenerstrasse fährt.

### Kleine Vorlagen.

- Dhne Debatte wurden genehmigt:
- die Dedung eines Vorstufes für das Knaben-Hospital in der Neustadt;
- 8000 Mark aus einem Legat zur Einführung von Bäckern für schulpflichtige Kinder in den Volkskassen;
- Erneuerungen und Erweiterungen auf den Döwiger und Coseler Friedhöfen;
- die Einleitung des Enteignungsverfahrens gegen die Besitzer des Straßenvorlades vor den Grundstücken Paulinenstrasse 5, 4/6 und 8;
- 1800 Mark Beihilfe zur Beschaffung einer neuen Turmuhr für die Barbarastrasse;
- der Erwerb von Straßenland der Steinstrasse;
- Uebertragung der Unterhaltung des Wassers in der Schwelbenerstrasse bis zur Karstrasse an die Firma Freese;
- die Mietung von Räumen für die Handelschule im Grundstück Döwigerstrasse 23/24;
- die Ueberweisung der Vorlage über die Erneuerung des Stadttheater-Foyers an den Ausschuss V.

die Ueberweisung von 317 Mark an den Breslauer Verein für Knaben-Gandarbeit;

die Verleihung des Titels „Machmeister“ an die Beamten der Breslauer Bau- und Wegepolizei nach zehnjähriger Dienstzeit;

die Mehrkosten der Nieselselbanlage für das Pflanzhaus in Gernprotsch;

die Aenderung von Abortanlagen im Claassenschen Siechenhause;

die Kenntnisnahme vom Geschäftsbericht der Straßenbahn Breslau;

die Dedung der Kosten für den Mietvertrag zwischen den Weibern der Stadtverbindungsabteilung;

die Aenderung des Gemeindebeschlusses über die Kündigung der städtischen Beamten und viele andere unwesentliche Vorlagen. Schluß der öffentlichen Sitzung 8 Uhr, an die sich eine geheime schloß.

### Siehe da — der Herr Staatsanwalt!

Bereits gestern berichteten wir nach der „Schles. Ztg.“ über den Krach in der Innungsbank, für den neben dem früheren Direktor der Bank, Woodmann, „ein höherer Beamter“ mit seinem unauwöhnlichen Konto verantwortlich gemacht wird. In ausführlichen Berichten wird berichtet, wie der beamtete Revisor der gewerblichen Genossenschaften, Herr Rothhaus aus Berlin, über diesen höheren Beamten urteilte. Danach führte er aus:

Er klagte Woodmann an, daß er wesentlich es veranlaßt, daß einzelne Konten ungeheure Höhen erreichten. Der Kaufmann Meyer Kirchstein habe mit seiner Frau, Tochter, Schwiegertochter und Schwiegerkohn (einem höheren richterlichen Beamten) ein mit 680 000 Mk. zu Buche stehendes Schuldkonto.

### Der erwähnte Staatsbeamte sei allein mit 190 000 Mark engagiert.

Es sei ungewöhnlich, daß ein Beamter solche Schulden kontrahiert. Hier lag lediglich Spekulation zu Grunde. Sondernbar müte es an, wenn der erwähnte höhere Beamte einen Vergleich mit 31 000 Mark zugunsten einer faulen Hypothek zur Dedung des Kontos anbot.

Dieser höhere Beamte ist — Herr Staatsanwaltschaftsrat Gläker!

Herr Gläker, der Staatsanwalt, der gegen Genossen Löbe 1/2 Jahre Gefängnis und sofortige Verbannung beantragte, weil dieser Ordnung und Sicherheit in Preußen umflürzen wollte! Ein Jahr hat er damals zum Schutze des Staates durchgeseht.

Herr Gläker, der Staatsanwalt, der unzählige Male schwere Gefängnisstrafen gegen Redakteure der „Volksmacht“ beantragt hatte, weil sie die gesetzliche Ordnung des Staates verletzten — die er doch zu schützen und zu stützen lernen ist.

Herr Gläker, der Staatsanwalt, der noch vor ein paar Wochen das inbarmherzige Todesurteil gegen den Bureauborchester Müller beantragte und begründete — der Mann wird jetzt enthüllt als einer der Mitschuldigen am Krach der Innungsbank!

680.000 Mark Schulden hat er mit seiner Bekanntheit bei den Handwerksmeistern aufgenommen, 190.000 Mark entfallen allein auf ihn, und die Art, wie er die „Dedung“ des Kontos vornahm, findet der amtliche Revisor für einen höheren Beamten „sonderbar“. Sehr sonderbar sogar! Uns wird von einem früheren Vorstandsmitglied der Bank mitgeteilt, daß dem Herrn Staatsanwalt Anfang Mai 1913 noch einmal eine Frist zur Dedung seiner Schulden, ein sogenanntes Moratorium, gewährt wurde und man ihm dabei seine schuldenfreie Villa in Altheide überlassen hat. Noch im selben Monat war diese Villa Besitztum seiner Frau! Später wurde er und seine Frau vor den Vorstand zur Regelung seiner Angelegenheiten zitiert und es wurde ihm die Frage vorgelegt, ob er noch weitere Vermögensstücke besitze. Als er diese Frage mit Nein beantwortet hatte, wies man ihm nach, daß er noch etwa 30.000 Mark Hypotheken auf einem Grundstück in der Bohrauerstrasse besaß. Die Antwort auf diese Entschuldigung war — verlegenes Schmelgen. Vor einigen Tagen wurde dem Staatsanwalt und seinem Rechtsanwalt mittels eingeschriebenen Briefes mitgeteilt, daß er nunmehr seine Angelegenheiten ordnen müsse, anderenfalls man seinen Namen öffentlich nennen werde. Da eine Antwort darauf nicht erfolgte, wahrscheinlich nicht erfolgen konnte, nannte der Berichterstatter Rothhaus den Namen des Mannes, den man bisher nur als Stütze des Staates und seiner Ordnung kannte und siehe da — es war Herr Gläker.

Gerade rechtzeitig bringt das hiesige konservative und christliche Parteiblatt einen Artikel: „Korruption — die Begleiterscheinung demokratischer Staaten“. Die Beamten und Handwerksmeister, die das Blatt etwa zu Gesicht bekommen sollten, werden sich sehr gestreut haben, daß sie im monarchischen Staat unter so etwas nie zu leiden haben. Die Redaktion des Blattes aber hat dabei erwirkelt, daß an die kassierten Buchmacher-Gendarmen von Potsdam, an die Gelbscheine und Frühstückskörbchen der Kölner Polizeinspektoren, an die Vorbestrafungsbeamten von Frankfurt a. M., an die politischen Vertrauten der Mädchenhändler, an den ausgerichteten Chef der Bau-polizei in Breslau — alles, alles im demokratischen Staat! In Preußen nämlich, dem Stolz aller Monarchisten und Kurpatrioten!

\* Auch eine Berichtigung. Unter der Ueberschrift „Die verhängnisvolle Wasserleitung“ schreibt die „Schlesische Zeitung“ im Witaablaß vom Donnerstag u. a.: „Der jetzt 50-jährige Kaufmann Adolf Stach in Breslau war bis November 1912 gegen ein Monatsgehalt von 200 Mark als Gemeindefachsekretär der sozialdemokratischen Partei tätig gewesen.“ Die Schles. Volksztg. sagt, Stach wäre Parteisekretär der sozialdemokratischen Partei gewesen. Wir bemerken hierzu: Gemeindefachsekretär der sozialdemokratischen Partei gibt es überhaupt nicht. Stach ist niemals Angehöriger einer freien Gewerkschaft oder der Partei in Breslau oder anderswo gewesen.

### Volksmacht-Agitation in der Gräbichener Vorstadt.

Die Werbetätigkeit für unsere Presse soll auch am kommenden Sonntag fortgesetzt werden. Alle Genossen und Genossinnen, die eine Stunde ihres Sonntages dieser nützlichen Arbeit widmen wollen, sind eingeladen. Am ganz besonders rege Teilnahme eruchen wir die Mitglieder der Distrikte 2 und 3 und die Gräbichener Genossen. Die Agitation beginnt morgens 8 Uhr; die Teilnehmer treffen sich im Lokal „Zur Grenze“, Gräbichenerstrasse 181.

### Die Mißstände in Herdain und Dürrgoy.

Am Donnerstag tagte im Apollo-Saale auf der Herdainstrasse eine Versammlung von Bürgern der einmündigen Orte Herdain und Dürrgoy, um die Dessenlichkeit über die Mißstände in diesem Stadtteile zu unterrichten. Die Versammlung war, wie zu erwarten, zahlreich besucht. Es nahmen daran teil auch mehrere Stadtverordnete und der Landrat Wichelhaus. Hauptredner war Redakteur Gustav Richter.

Er schilderte die Zustände, unter denen die Einwohner von Herdain und Dürrgoy zu leiden haben. Eingemeindungen würden doch nicht vorgenommen, um mehr Einwohner zu gewinnen, sondern in erster Linie zur Verbesserung des bisherigen Zustandes. Am 20. Mai 1911 werden es zehn Jahre, daß Herdain und Dürrgoy eingemeindet sind, fragen wir, ob in dieser Zeit der Magistrat Schritte unternommen hat, um die zum Himmel schreienden Zustände zu bessern. Bei Eingemeindung von Gräbichenschles der Magistrat dem Minister: Man warte mit Eingemeindungen nicht warten, bis die zu beklagenden Mißstände das ganze Vorortgebiet ergriffen haben, sondern eine vorübergehende gute Ordnung der Dinge ermöglichen. Es müsse eine allen Bedürfnissen Rechnung tragende Bebauung Platz greifen. Ist das bisher geschehen? Die Antwort müsse verneinend ausfallen. Man behauptet solche Vororte wären unfähig und die Gemeinde nicht imstande, bestehende Mißstände zu beseitigen. Hat aber die Stadt diese Fähigkeit gezeigt?

Der Redner verbreitete sich sodann im einzelnen über die Beschaffenheit der Straßen, besonders der Stein-, Herdain-, Grotius-, Schön- und Strehlenstrasse.

Die Beschaffenheit der Steinstrasse, die Unternehmerrstraße ist, vorerst jeder Beschreibung; der Zustand sei geradezu einer Großstadt unwürdig. Es ist nicht möglich, diese Straße des Abends zu passieren: sie ist finstern, holperig und nur mit Petroleumlampen beleuchtet. Obgleich der Magistrat die Straße nicht für unbefahrbar hält, ist in dieser Gegend doch eine Volksschule errichtet worden. Man müte Schulkindern zu, den dort für Kinder unbedingt gefährlichen Weg zu geben. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Steinstrasse als unbefahrbar Straße erklärt wird.

Die Herdainstrasse, die als historisch alt, für die alte Stadt aufkommen hätte, hat weder Wasserleitung, noch Schwemmanalstation, ist zum Teil nicht gepflastert und regungslos. Es sei dem Magistrat der Kauf einiger kleiner Häuser zu billigen Preise angeboten worden, aber der Magistrat verweigert die förmliche Ueberlassung von Straßenland, wenn die Straße reguliert werden solle. Der Magistrat wolle aber hunderttausend Mark Vergütung für die Jahrhunderthalle weg, indem er sie für den Verkehr geschlossen hält, für Herdain und Dürrgoy hat er nicht 40 000 Mark übrig zum Ankauf von Häusern.

Die Grotiusstrasse ist eine besonders merkwürdige Straße. Dort gibt es eine wahre Musterkollektion von Bürgerreigen. Die Besitzer wollten das Straßenland mit 3 Mark für den Quadratmeter abgeben. Allerdings soll es hier daran liegen, daß Stadtr. Finger sein Besitztum nicht so billig hergeben wollte. Die Besitzer sollten aber zu dem Preise noch etwas zulegen. Die Stadt konnte alle Vorschläge ab. Es will das Straßenland umsonst haben.

Neuer sprach dann über die Mißstände in der Schönstrasse, Strehlenstrasse, wo auch Gräben und Vertiefungen vorhanden sind, die die Wege zum Teil unpassierbar machen. Herdain und Dürrgoy seien vollständig von Straßenverkehr ausgeschlossen; es gibt von der Lehmarubensstrasse keine Verbindung. Die Einwohner haben zahlreiche Eingaben an den Magistrat gerichtet, aber alles vergeblich. Es ist alles beim alten geblieben. Es gelte jetzt die Dessenlichkeit wachzurufen, damit endlich die Herdainer und Dürrgoyer Bürger zu ihrem Rechte kommen. Man solle nicht warten, bis sich das Großkapital der Sache bemächtigt, dann wird die Stadt alles teurer bezahlen müssen.

Die Ansprache war sehr rege. Stadtr. Schütz führte an der Berichterstatter habe sehr temperamentvoll gesprochen. Damit allein ist aber nichts zu erreichen. Die Sache hat zwei Seiten, das was gewünscht wird und das was möglich ist. So billig wie Herr Richter die Sache hinstellt, sei sie nicht durchzuführen. Die Herren Besitzer verstehen das Forderung sehr gut. Daran hapert alles an den horrenden Forderungen. Wenn dann mehr Steuern gefordert werden, dann lächeln die Herren. Man möchte die Dinge nehmen wie sie in Wirklichkeit liegen, dann sähe es doch etwas anders aus. Jeder Vorort will begünstigt sein, doch sind viele Beschwerden berechtigt.

Stadtr. Finger teilt auch die Meinung, daß zu hohe Preise gefordert werden. Er habe nicht die Regulierung der Grotiusstrasse gehindert. Ihm seien 3 Mk. für den Quadratmeter nicht angeboten worden, er wisse auch nichts davon, daß die Besitzer zum Preise etwas zulegen wollten.

Es sprachen noch die Stadtr. Balhorn, Schlich und Gimmer. Sie wissen nichts davon, daß Eingaben an sie gekommen seien. Balhorn bemerkt noch, die Stadt habe 100 000 Mark für Herdain und Dürrgoy ausgegeben. Uebelstände sind vorhanden, das geben alle Redner zu; sie werden schwinden, wenn die Möglichkeit gegeben sein wird. Zum Schluß wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die am Donnerstag, 7. Mai, im Saale des Apollo-Gebäudes, Herdainstrasse 100, tagende, von Bürgern der früheren Dorfgemeinden Herdain und Dürrgoy einberufene, zahlreich besuchte öffentliche Versammlung erhebt gegen die zum schon fast zehn Jahren währende Zurücksetzung der Stadtteile Herdain und Dürrgoy energischen Protest. Sie richtet an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung des bringende Ersuchen, die geschilderten Mißstände schleunigst zu beseitigen. Als die dringendsten Forderungen erklärt die Versammlung: Regulierung und Pflasterung der Steinstrasse von der Bohrauerstrasse bis zum Strehlener Tor, Schaffung einer Straßenbahnlinie, die über diesen Teil der Steinstrasse hinweg Dürrgoy und Herdain mit den vorhandenen Linien auf der Loh- und Rubensstrasse verbindet, Regulierung der Herdainstrasse von der Steinstrasse bis zum Ende unter Befestigung der die Baufläche führenden alten Gassen und Räume, Regulierung der Grotiusstrasse und Aufklärung aller Straßen an der Strehlener- und Schönstrasse.“

Die Versammlung ersucht weiterhin um Anlage der ersten Straßenlaternen noch fehlenden Kanäle und Ersatz der Petroleum-Strahlenlaternen durch Gasbeleuchtung. Schließlich ersucht sie die Versammlung auf Grund der Verhältnisse und einer Entschließung des Oberverwaltungsgerichtes als eine Forderung der Gerechtigkeit, daß die Schönstrasse, die der Magistrat als Unternehmerrstraße ansetzt, zu einer öffentlichen Straße erklärt und demgemäß als solche behandelt wird. Die Steinstrasse bitten wir als Verkehrsstraße zu erklären.“



**Sozialdemokratischer Verein Breslau.**

Donnerstag Abend wurde im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung fortgesetzt und beendet, die vor acht Tagen (29. April) ihren Anfang genommen hatte. Einer kurzen Aussprache über den Bericht der Pressekommission folgten die Neuwahlen des Vorstandes und der Ausschüsse. Gewählt sind als Vorsitzende die Genossen Th. Müller und B. Müller, als Schriftführer die Genossen Hoffmann und Friedrich, Kassierer: Herrmann und Wittke, Beisitzerin: Genossin L. Watzsch, Revisoren: Genossin Kurzer und die Genossen Giesmann, Buschmann und Senk. Genosse W. Müller ist neugewählt, alle anderen Mitglieder des Vorstandes und die Revisoren sind wiedergewählt.

In die Pressekommission wählte die Versammlung die Genossen: Landsberg, Meise, Reichelt, Richter, Schramm, Schüb und Winger. Vorgeschlagen waren im ganzen fünfzehn Genossen.

Von der Neuwahl des Bildungs-Ausschusses sah die Versammlung aus Gründen ab, die an anderer Stelle erwähnt werden. Alle Wahlen, abgesehen von denen der Kassierer und Beisitzerin, wurden mit Stimmzetteln vorgenommen.

Auf die Liste der Kandidaten für den internationalen Kongress in Wien setzte die Versammlung die Genossen L. Watzsch und Th. Müller; ferner beschloß sie, die Neuwahl der Vertreter des Vereins so lange auszusetzen, bis die Entscheidung über das Vertretersystem durch die Urabstimmung gefällt ist.

**Die Polizei gegen den — vergangenen Bildungs-Ausschuß.**

Der Polizeikampf gegen die Arbeiterorganisationen nimmt auch nach Döllwigs Abgänge seinen munteren Fortgang. Nachdem man bald hier bald dort Gefangenerinne, Turnvereine, Radfahrervereine, Jugendauschüsse, Gewerkschaften für politische Vereine erklärt hat, ging gestern dem Vorsitzenden des bisherigen Bildungsausschusses Genossen L. Watzsch folgender polizeiliche Mass zu:

Breslau I, den 5. Mai 1914.

Nach den amtlichen Feststellungen dient der besagte sozialdemokratische Arbeiter-Bildungsausschuß wegen (1) seiner Einrichtung, Bestimmung und Tätigkeit nicht nur der Unterhaltung und Belehrung, sondern auch und zwar in der Hauptsache dazu, die Jugendlichen durch planmäßige Aufklärung auf verschiedenen wissenschaftlichen Gebieten (1) für die Zwecke der sozialdemokratischen Partei zu gewinnen und in der Zugehörigkeit zu ihr zu erhalten und zu festigen.

Der Ausschuss bezweckt somit eine Einleitung auf politische Angelegenheiten.

Wenn er auch in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zu dem hiesigen Sozialdemokratischen Verein steht und seinen Weisungen zu folgen hat, so hat er doch selber, insbesondere durch Veranstaltung öffentlicher Versammlungen und durch Ausübung und Durchführung der in dieser zu erörternden Gegenstände, eine selbständige Vereinsbetätigung entfaltet.

Er ist somit ein politischer Verein. Als dessen Vorsitzenden fordere ich Sie deshalb gemäß § 3 Reichs-Vereinsgesetz auf, zur Vermeidung von Geldstrafe von 50 (fünfzig) Mark, an deren Stelle im Unvermeidensfalle fünf Tage Haft treten würden, mir binnen 10 Tagen ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder des Ausschusses und dessen Sitzungen einzureichen. Auch gebe ich Ihnen, unter Hinweis auf §§ 17, 18, 31 der Reichs-Vereins-Gesetz bekannt, daß hiernach verbotswidrig in von dem Ausschusse veranstalteten Versammlungen anwesende Jugendliche ihre polizeiliche Einweisung zu gewärtigen haben.

D. Oppen

Die Amtsbauer des bisherigen Bildungsausschusses, der eben ein Ausschuss und kein Verein ist, war bereits am 29. April mit seiner Vertreterschaft beendet. Nach dem Bekanntwerden dieser polizeilichen Verfügung hat die gestrige Versammlung beschlossen, vorläufig einen Bildungsausschuß nicht zu wählen. Es ist also vorerhand kein Bildungsausschuß und kein Vorstand des Vereins da, der die Wünsche der Polizei befriedigen könnte. Sitzungen hat ohnehin kein früherer Bildungsausschuß gehabt. Also: Stwas Gebudd!

**Der Polizeikampf gegen die Arbeiterturnbewegung in Breslau.**

Es wird und geschieht: Höher geht nimmer. Dies war die Meinung aller Freunde der Arbeiterturner, als vor einem Vierteljahr die Breslauer Polizei in einer Woche sechs bis sieben gegen die Freien Turner und deren Turngäste mobil machte. Doch schien dies erst der Auftakt zu dem jetzt eintretenden Einzelkampf zu sein, der ebenso wie alle Breslauer Polizeiaten einen Zug ins Große zeigt. Es waren in der Woche nach Ostern vom dritten Feiertag bis Sonnabend vor früh bis abends jeden Tag in einzelnen ständlichen Abständen auf dem Polizeipräsidium Vernehmungen der Arbeiterturner, der jugendlichen Turngäste und der Turnleiterinnen. Gibt es, so wird mancher Bürger fragen, für die Breslauer Polizei keine andere Beschäftigung? Doch, welche Mittel hierzu besonders gegen die Jugendlichen angewandt werden, das muß doch einmal in der Öffentlichkeit gerätet werden. So erklärte der Polizeikommissar einem jugendlichen, die Schulzeugnisse bereit zu legen; sie würden in den nächsten Tagen von einem Schullehrer abgeholt werden. Einem anderen jugendlichen wurde nach der Verweigerung der Aussage erklärt, ob er wollte, daß er sich jetzt straflos gemacht hätte. Doch nicht genug damit, die Jugendlichen werden auch auf das Präsidium noch auf das Polizeikommissariat mit ihren Arbeitsbüchern vorgeladen, um die freie Turnsache bei den Eltern und Lehrern in Klärung zu bringen. Und dieses alles, obwohl der Breslauer Polizei bekannt ist, daß sowohl Turnerinnen wie jugendliche nicht der Freien Turnerschaft Breslau angehören, die man zu Unrecht zu einem politischen Verein gestempelt hat.

Der Kommissar wird für seine Sache, daß der Spiel- und Sportklub „Fichte“ und der Frauen- und Mädchen-Turnverein in Unterwerfung stehen, der Freien Turnerschaft Breslau angehören, die man zu Unrecht zu einem politischen Verein gestempelt hat.

Verens erbringen müssen. Wenn den Vorturnerinnen und Turnwarten eine Anlage in Aussicht gestellt wurde, so sehen die Arbeiter-Turner Breslaus dieser mit der größten Seelenruhe entgegen. Die sportliebenden Arbeiter mögen aus alledem lernen, wo sie als denkende Arbeiter hingehören. Ihr Arbeitereitern aber, schickt Eure Kinder allen polizeilichen Verfolgungen zum Trost als Turngäste in die Turnstunden der Freien Turnerschaft Breslau.

**Zu der Ausperrung in den Hink-Hofmann-Werken.**

In den heute Morgen um 10 Uhr abgehaltenen Versammlungen der Ungeperrten bei Pentzschel und Mikulla in W. P. l. w. berichteten die Redner, daß seit einigen Tagen Einigungsverhandlungen im Gange sind, die heute Abend um 5 Uhr weiter fortgesetzt werden. Die Dinge stehen für die Ungeperrten recht günstig. Doch gilt es, im Kampfe auszuharren, bis die endgültige Einigung vollzogen ist.

**Die Ausstellung „Das Kind“ 1914.**

Nicht 1914, wie ursprünglich geplant, sondern vom Mai bis Juli 1915 soll im Schnelliger Ausstellungsgedäude die Ausstellung „Das Kind“ veranstaltet werden. Am Mittwoch, den 18. Mai tagt im Kammermusiksaal des Konzerthauses eine Versammlung von Vertretern der Behörden, Vereine, Deputierten, Mitarbeiter und Gönner der Ausstellung, wo über Zweck, Ziel, Art und Umfang dieser Ausstellung berichtet werden soll.

**Warnung vor ausländischen Koschwindlern.**

Der Polizeipräsident weist warnend darauf hin, daß noch immer zahlreiche ausländische Koschwindler in Deutschland ihr Unwesen treiben.

Sie versenden massenweise marktschreierische Anzeigen, worin stets gesagt wird, daß die Lose staatliche und die Gewinne also verbürgt sind. Vielfach vertreiben sie auch die Lose durch Agenten und Vermittler, die sie durch Zeitungsanzeigen mit Anerbieten von Nebenebeschäftigung gewinnen.

Ein solcher Schwindler wird beispielsweise in Kopenhagen und Walmö getrieben, ferner in Amsterdam. Von dort kommen Weininger 7-Guldenlose, Braunschweiger 20-Katerlose, Pappenhelmer 7-Guldenlose, Dettmerreithsche 100-Guldenlose, Ötomanische Staatseisenbahnlose zu 100 Kr. (sogen. Kürtenlose). Man bildet aus den Käufern angebliche Spielgesellschaften zu 100 (sogenannte Rentenlosegesellschaften), deren Teilnehmer gegen Abzahlung Eigentümer der Lose werden sollen. Die Abzahlungsform wird auch dadurch verschleiert, daß bis zur Bezahlung des vollen Preises die Lose als bettelnde gelten. Es ist in zahlreichen Fällen festgestellt, daß die Amsterdamer Schwindler eben so die holländischen Notendirektoren zu 15 Gulden an, die Kopenhagener Lose der Königlich dänischen Nationallotterie.

Um der Verfolgung zu entgehen, wechseln diese ausländischen Koschwindler fortwährend ihre Geschäftszweige, indem sie ihren Kunden vorgeben, die neue Geschäftsstelle sei die Hauptverhandlungsstelle, oder nur mit der Einleitung der Forderung beauftragt. Zur Verschleierung des Schwindels wird auch einmal der Name eines Obergerichtsanwalts verwendet und das Verfahren der Staatsanwaltschaft gegen sie bezeichnet. Sie dreht ihren Kunden gegenüber als ungeschick, oder als vom Konkurszeugnis der deutschen Lotterieberörden herrührend.

Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich jeder, der sich mit diesen Koschwindlern einläßt, ganz besonders Agenten und Vermittler, der Strafverfolgung aussetzt. Gegen etwa 100 solcher Koschwindler sind zwischen Strafverfahren und alle deutschen Postanstalten sind verpöndelt, Sendungen an sie oder von ihnen zu beschlagnahmen. Eine große Menge von Spielern und Agenten ist schon bestraft worden.

**Der Ringlämpfer und Polizeispiegel.**

Eine Verhandlung vor der ersten Strafkammer des Breslauer Landgerichts am Donnerstag war ein großes Schlaglicht auf den Spielbetrieb der Breslauer Polizei. Es wurde festgestellt, daß der schon mit Justizhaus verurteilte Ringlämpfer Theodor Rein als Polizeispiegel beim hiesigen Polizeipräsidium verwendet worden ist. Daß Rein ein besonders tüchtiger Spiegel gewesen sein muß, dafür spricht insbesondere der Umstand, daß er sogar einmal der Polizeibehörde in Dels auf deren Anfragen ausstillsweise zur Verfügung gestellt worden ist. Ueber seine Spiegeltätigkeit werden zwei Breslauer Kriminalkommissare als Zeugen gehört, die auf Antrag des ehrenwerten Rein geladen worden waren.

Der Verhandlung lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Eine Prostituierte von der Weißberggasse hatte in der Nacht zum 14. März 1913 einen Mann mit auf ihre Wohnung genommen, der dort bis zum Morgen blieb. Das Mädchen merkte, daß ihr Quartiergast einige hundert Mark im Portemonnaie stecken hatte, und soll unter dem Vorwand, ein paar Zigaretten kaufen zu wollen, den Ringlämpfer Rein und den Artisten Erich Fuchs als einer denachbarten Kneipe herbeigeholt haben. Als der Mann, der wohl nicht ganz nüchtern gewesen sein mag, inzwischen in der Wohnung des Mädchens eingeschlossen war, sollen Rein und Fuchs ihn um seine Burschenschaft beschaffen haben. Das Geld wurde hinterher in drei Teile geteilt. Rein verteidigte sich nun folgendermaßen: Indem er sich auf seine Spiegeltätigkeit für die Breslauer Polizei berief, behauptete er, ein Kriminalkommissar habe ihn seinerzeit dahin instruiert, daß, wenn sich ihm Gelegenheit zu einer krassen Handlung bietet, er nur ruhig mitmachen solle, damit er die übrigen Beteiligten an der Straftat dann um so sicherer werde Polizei namhaft machen könne. Ueber diesen Punkt wurde der eine der geladenen Kommissare vom Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Engel, befragt. Der Zeuge gab zu, daß Rein als Spiegel verwendet wurde, im übrigen wußte er sich nicht zu erinnern, ihn aufgefordert zu haben, sich an krassen Handlungen zum Zweck der Ermittlung anderer Verbrecher zu beteiligen. Der zweite Zeuge, Kriminalkommissar Knoff, bezeugte unter dem Eid mit Rein direkt zu tun gehabt zu haben. Durch ihn, den Zeugen, ist Rein, wie bereits bemerkt, nach Dels als Spiegel vermittelt worden. Im übrigen bezeugt Kommissar Knoff, ebenso wie sein Kollege, den Angeklagten allgemein damit beauftragt zu haben, sich an krassen Handlungen zu beteiligen. Daß Rein für seine Spiegeltätigkeit an stehender Münze empfangen hat, unterließ der Vorsitzende leider zu fragen. Über interessant wäre es gewesen, zu erfahren, ob Rein mit seinen muskulösen Armen oder als Spiegel das meiste verdient hat.

In der Sache selbst konnte nicht alles mit Sicherheit aufklärt werden, weshalb das Gericht beschloß, die Verhandlung bis auf den 6. d. M. auszusetzen, da einige weitere Zeugen gehört werden sollen. Er werden über den weiteren Verlauf des Falles berichten.

Es dürfte unseren Lesern noch einmütig sein, daß vom Breslauer Schwurgericht ein dem Ringlämpfer Rein gleichwertiger Ehrenmann wegen Raubes und Totschlags zu lebenslänglicher Justizhausstrafe verurteilt worden ist. Der Name dieses Mannes ist und nicht mehr einmütig, wohl aber die während der damaligen Beweisaufnahme zu Tage getretene Tatsache, daß der gemeingefährliche Mensch als Spiegel für die Breslauer Polizei tätig gewesen ist. Mit solchen Subjekten ist wirklich Staat zu machen.

Der Mann fand in den letzten Jahren, was manchen, hatte politische Familie; die Mutter hat aber...

„Z. VI“ befindet sich immer noch in Blegny. Die Besatzung nicht unternommen werden. Wie verlautet, wird die Abnahme des Schiffe-Lanz-Luftschiffes „S. L. II“ durch die Militärverwaltung voraussichtlich erst in Blegny stattfinden. Wann „Z. VI“ Blegny verläßt und „S. L. II“ dort eintrifft, steht noch nicht fest. Ebenfalls ist noch nicht bestimmt, ob und wann „Z. VI“ seinen Besuch in Breslau macht.

„Unbekannte Leichen.“ Deut vormittag wurden an der Dörren eine unbekannt männliche und eine weibliche Leiche gefunden, die etwa 6 bis 10 Wochen im Wasser gelegen haben. Die Leichen sind ins Schauhaus überführt worden.

„400 Mark gekohlen.“ Einem Fischhändler, der sich am Donnerstag Abend gegen 9 Uhr in einer Schankwirtschaft auf der Lauenhagenstraße aufhielt, ist aus der Geldtasche sein Portemonnaie mit 400 Mark gekohlen worden.

**Neueste Nachrichten.**

**Ausweitung der Franzosen aus Elsaß-Lothringen?**

Paris, 8. Mai. Ueber das Gerücht von einer Ausweitung der Franzosen aus Elsaß-Lothringen meldet heute die Agence Havas in einer Depesche aus Straßburg: Man erfährt hier, daß die Nachrichten, wonach allen französischen Untertanen in Elsaß-Lothringen die Verlängerung ihres Aufenthaltserlaubnisses verweigert werden würde, durchaus unbegründet sind, und daß eine solche Maßregel der Ausweitung aller Franzosen aus den Reichslanden absolut undurchführbar ist. Es liege durchaus nicht in der Absicht der augenblicklichen Regierung, solche Maßnahmen zu ergreifen, die eine vernichtende Wirkung haben würden. Mehrere Personen französischer Nationalität sind darüber befragt worden. Nicht einer von ihnen hat einen solchen Ausweitungsbefehl erhalten.

Dieselbe Agentur veröffentlicht zu dieser Angelegenheit eine zweite Depesche aus Berlin, die folgendermaßen lautet: Auf der dortigen Auswärtigen Amt ist man sehr referiert über die eben zu ergreifenden Maßnahmen der Regierung in Elsaß-Lothringen gegen dort sich aufhaltende Franzosen. Man sagt, daß kein Grund vorliegt, daß eine allgemeine Ausweitung der Franzosen stattfinden, füge aber hinzu, daß es sehr leicht möglich ist, daß die lokalen Behörden die Ausweitung verschiedener Personlichkeiten aus innerpolitischen Gründen beschließen. — Wie die Agentur hinzufügt, fehlen noch genauere Einzelheiten über die ganze Angelegenheit.

**Der Vernichtungskrieg in Mexiko.**

New York, 8. Mai. Ein hier eingelaufenes brasilianisches Telegramm vom amerikanischen Kreuzer „California“ besagt, daß die gesamte Garnison der Bundestruppen von Acapoceta vernichtet oder gefangen genommen worden sei. Die Rebellen marschieren unaufhaltsam vorwärts und ihre Vorposten stehen bereits vor Durango bei Saltillo.

Washington, 8. Mai. Die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des mexikanischen Konflikts sind stark im Sinken begriffen. Das Staatsdepartement wurde offiziell davon in Kenntnis gesetzt, daß die Rebellen den Angriff auf Durango und Zacatecas begonnen haben. Es steht nunmehr fest, daß Carranza während der Vermittlungsverhandlungen die Feindseligkeiten nicht einstellen wird. Inzwischen gestaltet sich die Lage der noch in Mexiko befindlichen Amerikaner immer kritischer. Die antiamerikanische Bewegung im Innern des Landes nimmt täglich an Stärke zu, so daß die noch im Lande befindlichen ihrer Lebens- und Eigentums nicht sicher sind. Große Besorgnis regt man über das Schicksal von 10 Amerikanern, namens Smith, die sämtlich zu einer Familie gehören und die zu Tonala, der Hauptstadt des Staates Chiapas gefangen gehalten werden. Man glaubt sicher, daß sie hingerichtet werden, weil sie während eines Angriffs, den der mexikanische Pöbel auf ihr Haus unternommen hatte, auf ihre Angreifer feuerten und dabei drei Mexikaner getötet haben.

**Rückkehr der in Rußland verurteilten Luftschiffer.**

Berlin, 8. Mai. Die gestern aus Rußland zurückgekehrten Berliner Luftschiffer erzählen, sie können über die Wegandlung durch die Polizei und die Gerichte nicht klagen. Der Deutsche Luftfahrerverband beabsichtigt, ein Verfahren auf Herausgabe des Ballons, der sein Eigentum ist und einen Wert von 10 000 Mark hat, anzustrengen.

**Wieder einmal Spionage.**

Berlin, 8. Mai. Nach einer Meyer Meldung des „Tag“ ist gegen den Quisbeffer Hurllin, der kürzlich verhaftet worden ist, vom Reichsgericht die Voruntersuchung wegen Spionage eröffnet worden. Eine Kaution von 100 000 Mark wurde abgelehnt. Hurllin soll französische Offiziere als Arbeiter beschäftigt haben.

**Ein Weiber in Südwest ermordet.**

Berlin, 8. Mai. Einer Meldung des Gouverneurs aus Deutsch-Südwestafrika zufolge ist ein Weiber, der von Tsumeb aus ohne behördliche Erlaubnis das Amboland betrat, in Ondonga von Ilkuanjaleuten ermordet worden. Name und Nationalität des Ermordeten sind nicht bekannt. Der Ondongahauptling hat die Mörder vorläufig festgenommen und hält sie zur Auslieferung an das Bezirksamt Outjo bereit.

**Opfer des Militärismus im Frieden.**

Brandenburg a. H., 8. Mai. Beim Durchfahren einer Sandgrube stürzte ein Soldat der 4. Batterie des Brandenburgischen Artillerie-Regiments Nr. 3 um und begrub die beiden darauf stehenden Bedienungssoldaten unter sich. Dem Kanonier Hennig aus Berlin wurde der Schädel geritzt, so daß er auf der Stelle getötet wurde. Ein zweiter Kanonier stieß so schwere Verletzungen, daß sein Verbleib noch nicht feststeht.

**Zerstückung gefangen gemachter Gewehre durch irische Nationalisten.**

London, 8. Mai. In dem irischen Südtown New Hill in der Grafschaft Downal wurde Mittwoch nacht die Gegendwache der Ulsterwilligen von den irischen Nationalisten zerstört. Den Ulsterwilligen wurden 200 000 (1) der unter so romantischen Umständen eingefangenen Gewehre zerstört. Die irischen Nationalisten rissen von den Gewehren die Schäfte ab und verbrannten sie. Die Gewehrläufe wurden auf die Straße geworfen.

**110 Stiefel-Gewänder gefangen genommen.**

London, 8. Mai. In Liverpool traf eine Meldung aus Kontinent ein, daß chinesische Truppen nach erbittertem Kampfe die Besatzung einer eroberten Stadt hinter welcher sich die Besatzung in der Nähe von Smolensk befindet, hatten, die den notwendigen Demoralisierungsarbeiten ausübten und den kampflosen die Offiziere gefangen nahmen. 110 Gewänder wurden gefangen genommen.



**kleine Breslauer Nachrichten:**

**• Herzliche Beratung für Alkoholiker.** Die im städtischen Gebäude, Ritterplatz 1, Ecke Schuhbrücke, Mittelhaus, Erdgeschoss rechts, eingerichteten ärztlichen Sprechstunden für Alkoholiker und deren Angehörige werden vom 11. Mai 1914 nicht mehr werktäglich, sondern nur an den Tagen Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 2 1/2 Uhr bis 3 Uhr nachmittags abgehalten.

**• Sechs Kinder aus keine Wohnung.** Man schreibt uns: Vorkommnisse, wie einer in diesen Tagen auf der Friedrichstraße zu melden war, untergraben den Glauben an den Kindersegen. Die große Menge von Familien, die auf der Friedrichstraße wohnte, mußte sich bekanntlich anderweitig Unterkunft suchen, weil die ganze Häuserreihe abgebrochen war. In einem der Häuser blieb, als alles ausgezogen war, noch ein Ehepaar mit sechs Kindern, trotz aller Mahnungen des Abbruchunternehmers, weil es nirgends anderweitig Wohnraum bekommen konnte. Der Familienvater wanderte wochenlang durch die Stadt auf Wohnungssuche. Er hat in etwa sechs Fällen auch Wohnung gemietet und Handgeld bezahlt, aber am nächsten Tage war ihm stets das Handgeld zurückgeschickt worden, daß man ihn wegen der vielen Kinder nicht aufnehmen wolle. Wie es der Familienvater schließlich anstellt hat, um Unterkunft zu finden, entzieht sich unserer Kenntnis, aber aus dem Hause auf der Friedrichstraße hat die Familie fortgemüßt.

**• Betriebsunfälle.** Am Donnerstag vormittag verunglückte in einer Werkstatt der Hirtel-Hofmann-Werke ein Schlosser. Es fiel ihm ein eiserner Träger auf das rechte Bein, das mehrmals gebrochen wurde. Samariter der Feuerwehr schafften den Mann ins Allerheiligen-Hospital. Ein Laufbühnen in der Hirtel-Hofmann-Werke auf der Schuhbrücke war am Donnerstag vormittag mit dem Abfüllen von Salpetersäure beschäftigt. Er glitt dabei aus, fiel zu Boden und ließ auch das Gefäß mit Salpetersäure fallen. Die Flasche zerbrach und die Säure floß auf den Fußboden. Der auf dem Boden liegende Laufbühnen erlitt durch die Säure schwere Brandwunden am Rücken. Sanitätsleute der Feuerwehr schafften ihn sofort mit dem Krankenauto ins Allerheiligen-Hospital.

**• Ein Schrebergartenfall erbrochen.** In der Nacht zum 3. ist der Pflanz- und Kaninchenfall eines Schrebergartens im Mittelteil erbrochen worden. Gestohlen wurden drei Hühner, ein Hahn und vier junge Kaninchen.

**• Gestohlen wurde** Donnerstag nachmittags aus dem Fahrradständer des Gewerkschaftsbauers ein Rad, das dort angeschlossen war. Das gestohlene Rad (Marke „Cito“) hat eine hochgezogene Lenkstange, schwarzen Rahmen, schwarze Felgen mit roten Streifen, schwarze Radschläger und einen starken Schlenker. Der Wiederbringer des Rades erhält eine Belohnung.

**• Teppichdiebstahl.** Am 7. Mai nachmittags ist aus dem Grundstück Freiburgstraße 29 einem Kaufmann ein Perserteppich im Werte von 120 Mark gestohlen worden.

**Theater, Konzerte und Vergnügungen.**

(Mitteilungen aus den Direktionsbüros)

**• Kober-Theater.** Seit Freitag geht zum 18. Male „Kammermusik“ in Szene. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr.

**• Schauspielhaus.** Operetten-Abende. Heute Freitag: 8. Abonnementsvorstellung „Der Zigeunerprimas.“ Als Julia gastiert Fräulein Wargha Fred vom Stadt-Theater in Rollen auf Engagement. Morgen, Sonnabend und Sonntag wird „Der Regimentspapa“ wiederholt. Sonntag nachmittags zu kleinen Preisen „Der Bettelstudie“. Montag „Der Zigeunerprimas“.

**• Diebstahlstabellament.** Heute Freitag, am 8. Tage der internationalen Ringkampf-Konkurrenz um die Weltmeisterschaft 1914 ringen folgende Paare: Viltau (Hannover) gegen Nußbaum (Wrocław); Don Carlos (Portugal) gegen Laube (Westpreußen); Witsche (Berlin) gegen Jaroschinski (Walsat-Rohal); Uleg Uberg (Weltmeister) gegen Haber (Ostpreußen).

**• Vittoria-Theater.** Einen wie guten Griff die Direktion mit dem Engagement des durch seine zehnjährige Tätigkeit an den Vereinten Breslauer Bühnen bestens bekannten Komiker Karl Wallauer getan hat, beweist der von Tag zu Tag sich steigende Besuch der Bühne „Sohelheit — der Franz“. Daß der allgemein beliebte Komiker nichts von seiner Anziehungskraft verloren hat und noch heute in bestem Angedenken steht, dafür gibt der jubelnde Beifall, mit dem das beste Publikum Breslaus allabendlich seinen alten Liebling empfängt, am besten Zeugnis. Seine Verkörperung der Rolle „Onkel Sonn“ in dem überaus lustigen Stück ist hier in der Presse bereits bestens gewürdigt worden. Die übrige flotte Darstellung im Verein mit dem beliebten Gaste beweisen, daß ein Besuch von „Sohelheit — der Franz“ einen gemächlichen vergnügten Abend garantiert. Billets von 9 bis 2 Uhr an der Theaterkasse und Verkaufsbureau Warsch.

**• Zoologischer Garten.** Morgen Sonntag ist bei gutem Wetter von 8 1/2 bis 9 Uhr Frühkonzert, ausgeführt von der Kapelle des 51. Infanterieregiments unter Leitung des königlichen Obermusikmeisters Sobanski.

**Schlesien und Posen.**

**Provinz Posen.**

Gewissen und Genossinnen! Öffentliche Volksversammlungen finden an folgenden Tagen in unserer Provinz statt:

1. Schulich, Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Vereinslokal.
2. Bromberg, Montag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, im Arbeiterklub.
3. Schneidomühl, Dienstag, den 12. Mai, abends 8 Uhr, im „Westend“.
4. Posen, Mittwoch, den 13. Mai, abends 8 Uhr, im „Schweizerhof“.
5. Kolmar, Donnerstag, den 14. Mai, abends 8 Uhr, bei Klein, Seestraße.
6. Rawitsch, Freitag, den 15. Mai, abends 8 Uhr, bei Krawiec, Polenerstraße.

Nebener ist Genosse Parteisekretär O. Gering aus Beuthen (Oberschlesien).

Das Thema lautet: „Der Sozialismus als Befreier des schaffenden Volkes“.

Weiter finden Versammlungen statt in: Schwierin a. W. Sonnabend, den 16. Mai, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Stremel.

Oberschlo. Sonntag, den 17. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Saale des Herrn Krawiec.

Nebener sind die Genossin Frau Michael und Parteisekretär Partwig-Bromberg. Sorgt durch rührige Agitation für guten Besuch.

Der Bezirksvorstand, Ch. Gering.

**Beuthen 10., 8. Mai.** Auffsehen erregender Selbstmordversuch. Der frühere Polizeikommissar Selle aus Myslowitz, der wegen Verletzung im Zuhälterprozess in Dbernigt verhaftet wurde und sich seitdem im hiesigen Untersuchungsgefängnis befand, ist von dort Donnerstag abend wegen angeblicher Geisteskrankheit entlassen worden. Sells ging zu einem Bauhütten Langer auf der Donnermarktstraße und bat um Unterkunft, die er auch erhielt. Heute Freitag früh brachte er sich in der Wohnung des Langer 15 Messerstücke in den Leib und drei in die Herzgegend bei. Außerdem haite er sich beide Pulsadern geschnitten. Sells wurde sofort in das Krankenhaus geschafft. Durch den überaus großen Blutverlust dürfte Sells kaum mit dem Leben davonkommen. — Wenn Sells geisteskrank ist, dann verstehen wir nicht, warum man ihn nicht einer Heilanstalt übergeben hat.

**Beuthen, 8. Mai.** Kleine Unfälle, große Wirtungen. Wie rasch es ist, auch kleinen Verletzungen die gehörige Aufmerksamkeit zuzuwenden, zeigt wieder ein Fall in Schlesiengrube, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel. Der Schüler Cyron aus Balenke hatte sich bei seiner Arbeit auf der Schlesiengrube eine kleine Wunde zugezogen, die er nicht beachtete. Als dann mehrere Tage später Blutvergiftung eingetreten war, ist Cyron an deren Folgen gestorben.

**Proszkowitz, 8. Mai.** Zahlreiche Diphtheritis-erkrankungen. In dem benachbarten Bohndorf haben sich die Diphtheritiserkrankungen unter den Schulkindern verheerend vermehrt, daß die Schule bereits seit längerer Zeit geschlossen ist.

**Janitz, 8. Mai.** Freundschaftliche Feindschaft. Mittwoch morgen gegen 4 Uhr wurde der Jahrgar Polzet von einem Einwohner mitgeteilt, daß er von seinem Fenster aus zwischen Jolihaus und Donnermarktstraße einen ansehnlichen Toten habe liegen sehen. Die Untersuchung ergab, daß die vier Arbeiter, die 17-jährige Potora, Gajzl, Biogel und der 18-jährige Percha, einer Doziererfamilie in Janitz-Elb belgemohnt hatten. Anscheinend etwas zu viel getrunken, begaben sich die Genannten gegen 3 Uhr morgens auf den erwähnten Platz, um auszufechten. Potora begann nun aus lauter Uebermut, seine Kollegen mit Hieben zu stoßen. Bei der nun entstandenen Balgerei fiel Gajzl durch Fußvorfstellungen dextrat zu Boden, daß er anscheinend innere Verletzungen sich zuzog, an denen er verstarb. Potora wurde festgenommen.

**Myslowitz, 8. Mai.** Meiserstecherei. Auf der Chaussee in Wragonsowitz wurde der Montagearbeiter Franz Sabonski aus Birkental von drei ihm unbekannt n Personen, mit denen er vorher einen Streit in einem Schanklokal gehabt haben soll, überfallen und mit Messern arg zugerichtet. Mit Mühe schleppte er sich in das Dorf und brach dort betnunktes zusammen. Da von den Verletzten des Ortes keiner

anzuwand war, mußte aus Myslowitz Hilfe geholt werden. Der Verletzte mußte sofort operiert werden, da eine Messerwunde im Rückat tiefen gebildet war. Die Lage des Verletzten ist bedenklich, er ist bis jetzt nicht vernunftfähig.

**Briefkasten.**

**• A. 199, Malisch.** Lautet das ärztliche Gutachten gegen die Fortsetzung des Dienstes, so hat die Polizei kein Recht, das Mädchen zurückzuführen. Beschwerden Sie sich beim Landrat. Wegen des Rechtsanwalts wenden Sie sich an das Justizsekretariat Breslau (Land)-Neumarkt in Breslau I, Margaretenstraße 17, I.

**• A. 199, Malisch.** Kommen Sie mit den gerichtlichen Papieren in unsere Sprechstunde oder gehen Sie ins Arbeitersekretariat, Margaretenstraße 17, II.

**• Gemmel.** 1. Mit dem Dienstbuch in der Hand ist auch das minderjährige Mädchen berechtigt, überall in Stellung zu treten; eine besondere Erlaubnis des Vaters braucht das Mädchen nicht in dem einzelnen Fall. 2. Der Vater hat kein Recht, die Stellung zu kündigen. 3. Nein, das geht nicht; ein Mädchen kann nicht am 1. Mai kündigen und am 15. Juni abgehen. Im der Stadt muß, wenn nichts Besondere ausgemacht ist, sechs Wochen vor Ablauf des Dienstjahres gemeldet werden, auf dem Lande drei Monate vor Ablauf der Dienstzeit.

**Wasserstands-Nachrichten der Ober.**

Station	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand			
8. 6. 11. 11	0,79	2,09	3,88	5,80	1,07	4,48	2,00	0,71	0,87	4,84	1,84	10,00
7. 6. 11. 20	0,82	2,10	3,87	5,80	1,18	4,40	1,88	0,88	0,88	4,88	1,78	10,07
Mittel	1,68	0,98	2,12	4,24	4,41	2,07	4,07	2,81	1,88	1,88	0,14	1,88

**Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.**

Nach	Wrest.	Dreßdel	4. Mai	7. Mai	8. Mai
Luftwärme (C)	+ 17,0	+ 14,1	+ 10,8	+ 16,6	+ 18,1
Luftwärme (mm) 2 m	741,6	741,9	740,0	742,4	748,0
Luftwärme (mm) 5 m	7,5	7,8	6,8	5,7	7,4
Luftwärme (mm) 10 m	6,2	6,0	7,8	4,0	7,0
Wind (0-18)	SW 2	SW 2	SW 2	SW 2	SW 2
Wetter	wollos	wollos	wollos	wollos	wollos

Zur Reduktion auf Meeresebene sind 15,1 mm hinzuzufügen.

**Bersammlungen und Vereine.**

Sonntag, den 10. Mai: Maschinen und Heiler. Im Gewerkschaftsbau.

Sonnabend, den 9. Mai, abends 8 Uhr: Parteilandbirkritt 3 Friedewalde bei Glatz.

„ „ „ 5 Hühly bei Grünast.

„ „ „ 8 Hermannsdorf bei Simon.

„ „ „ 18 Rathen bei Birne.

„ „ „ 21 Neumarkt bei Freudenberg.

Sonntag, den 10. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr: Parteilandbirkritt 11 Wettlern bei Rynschalla.

Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 3 Uhr: Parteilandbirkritt 2 Schwolitz bei Watus.

„ „ „ 16 Stabelitz bei Werner.

„ „ „ 19 Schönbly bei Hoffmann.

Schulich, Volksversammlung, Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

**Aus der Geschäftswelt.**

Die Gewinnziehung der diesjährigen Adnigsberger Pferde lotterie ist bereits am 20. Mai. Es kommen insgesamt 8100 Gewinne im Gesamtwerte von 85 718 Mark zur Verlosung und zwar als Hauptgewinn neun vollständig bespannte Goutpogert — darunter zwei Mercedes — und 45 eble ostpreussische Pferde und 8048 marline Silbergegenstände. Jede zu 1 Mark sind in allen Lattertegegeschäften zu haben.

Am 6. d. Mts. verschied unser wertes Mitglied, der Tischler **Gustav Jacob** im Alter von 86 Jahren. Ihre seinem Andenken **Deutscher Holzarbeiter-Verband** (Zahlstelle Breslau). Beerdigung: Sonnabend, den 9. Mai, um 2 Uhr, vom St. Josefsstift nach Oswitz. 1914

**Alles erreicht man** lange Haltbarkeit des Leinens  
blendend weißes Aussehen des Leinens  
enorm. Zeltersparnis beim Waschen d. Leinens

durch Anwendung des in 20 Jahren erprobten, alleintätigen [13010]

**Minlos'schen Waschpulvers**

Nur echt mit dieser Schutzmarke!

Zu haben in Drogerien, Kolonialwaren-, Apotheken- und Ballengeschäften, en gros von der Fabrik:

**L. Minlos & Co., Köln-Ehrenfeld.**

**Arbeitsmarkt.**

**Möbel-Tischler**

gefucht, die beste Arbeit leisten und die sich mit je 1000 Mt. an gutgehenden Aufträgen beteiligen wollen. Selbständig arbeitende Tischler, die auch den freigeschafften **Werkmeister-Posten** überlassen können, wollen Offerten unter N. W. J. an die Expedition dieser Zeitung abgeben.

**Kleiner Anzeiger**

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Aufsicht 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abwodlungen bedingen Bellenpreis.

**Kauf und Verkauf**

1. Sperrung 10. 2. 30 Mt. 3. 100 Mt. 4. 200 Mt. 5. 300 Mt. 6. 400 Mt. 7. 500 Mt. 8. 600 Mt. 9. 700 Mt. 10. 800 Mt. 11. 900 Mt. 12. 1000 Mt. 13. 1100 Mt. 14. 1200 Mt. 15. 1300 Mt. 16. 1400 Mt. 17. 1500 Mt. 18. 1600 Mt. 19. 1700 Mt. 20. 1800 Mt. 21. 1900 Mt. 22. 2000 Mt. 23. 2100 Mt. 24. 2200 Mt. 25. 2300 Mt. 26. 2400 Mt. 27. 2500 Mt. 28. 2600 Mt. 29. 2700 Mt. 30. 2800 Mt. 31. 2900 Mt. 32. 3000 Mt. 33. 3100 Mt. 34. 3200 Mt. 35. 3300 Mt. 36. 3400 Mt. 37. 3500 Mt. 38. 3600 Mt. 39. 3700 Mt. 40. 3800 Mt. 41. 3900 Mt. 42. 4000 Mt. 43. 4100 Mt. 44. 4200 Mt. 45. 4300 Mt. 46. 4400 Mt. 47. 4500 Mt. 48. 4600 Mt. 49. 4700 Mt. 50. 4800 Mt. 51. 4900 Mt. 52. 5000 Mt. 53. 5100 Mt. 54. 5200 Mt. 55. 5300 Mt. 56. 5400 Mt. 57. 5500 Mt. 58. 5600 Mt. 59. 5700 Mt. 60. 5800 Mt. 61. 5900 Mt. 62. 6000 Mt. 63. 6100 Mt. 64. 6200 Mt. 65. 6300 Mt. 66. 6400 Mt. 67. 6500 Mt. 68. 6600 Mt. 69. 6700 Mt. 70. 6800 Mt. 71. 6900 Mt. 72. 7000 Mt. 73. 7100 Mt. 74. 7200 Mt. 75. 7300 Mt. 76. 7400 Mt. 77. 7500 Mt. 78. 7600 Mt. 79. 7700 Mt. 80. 7800 Mt. 81. 7900 Mt. 82. 8000 Mt. 83. 8100 Mt. 84. 8200 Mt. 85. 8300 Mt. 86. 8400 Mt. 87. 8500 Mt. 88. 8600 Mt. 89. 8700 Mt. 90. 8800 Mt. 91. 8900 Mt. 92. 9000 Mt. 93. 9100 Mt. 94. 9200 Mt. 95. 9300 Mt. 96. 9400 Mt. 97. 9500 Mt. 98. 9600 Mt. 99. 9700 Mt. 100. 9800 Mt. 101. 9900 Mt. 102. 10000 Mt.







# Besoldungs- und Militär-Stat.

251. Sitzung, Donnerstag, den 7. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Rahn, Krätze.

Abg. Ebert (Zentr.) begrüßt den von Abgeordneten aller Parteien eingebrachten Besoldungsentwurf, wonach die Aufwandsentschädigungen unpfändbar gemacht werden sollen, die an Familien gewährt werden, von denen zwei oder mehr Söhne im Seere bei der Marine oder bei den Schuttkruppen eingezogen sind.

Ueberweisung an eine Kommission wird nicht beantragt; der Entwurf wird deshalb sofort auch in zweiter Lesung debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Ergänzung des Besoldungsgesetzes.

Reichschatzsekretär Rahn: Ich habe namens der Verbündeten Regierung, die schon in der Kommission abgegebene Erklärung zu wiederholen, daß, wenn der Reichstag dem Entwurf in der Form zustimmen sollte, wie er die Kommission verlassen hat, die Besoldungen dem Entwurf die Genehmigung verweigern müssen. In der Kommission sagte man, das würde ein Scheitern des Entwurfes bedeuten, und eine weitgehende Mäßigung unter den Beamten hervorrufen, für die die Verantwortung die Regierung treffen würde. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ob dieses Sehr richtig! draußen im Lande einen Widerhall finden wird, ist mir sehr zweifelhaft. Trotz der schweren Bedenken gegen schnell aufeinander folgende Änderungen des Besoldungsgesetzes hat die Regierung der im vorigen Jahre vom Reichstag beschlossenen Änderung ihre Zustimmung gegeben, und in weiterer Konsequenz der vorjährigen Beschlüsse eine neue Vorlage eingebracht, in der gleichzeitig auch die Verhältnisse der Deckoffiziere nach einem Wunsche des Reichstages neu geregelt werden sollen. Eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und dem Reichstag besteht nur darüber, daß der Reichstag noch weitere Beamtengruppen zu bedenken wünscht. Eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit ist auch das nicht, denn die Regierung hat nie erklärt, daß sie der Beförderung weiterer Beamtengruppen im Prinzip entgegensteht, nur zur Zeit könne sie nicht auf die Anregungen des Reichstages eingehen. Jede Änderung des Besoldungsgesetzes zieht ja weitestgehende Konsequenzen nicht nur für das Reich, sondern auch für die einzelnen Bundesstaaten und Kommunen nach sich. Ich kann vollkommen verstehen, daß der Reichstag noch weitere Beamtenklassen zu bedenken wünscht. Auch die Regierung wünscht sie, sie läßt sich in der Fürsorge für die Beamten von niemandem überbieten und wird mit einem Vorschlag an sie herantreten, sobald die Vorarbeiten erledigt sind, und die Möglichkeit der Durchführung besteht. Ich kann aber nicht verstehen, daß, weil die in der Vorlage nicht genannten Beamtenklassen unberücksichtigt bleiben sollen, nun auch die anderen in der Vorlage genannten nicht aufgebessert werden sollen. Warum sollen, weil die gehobenen Unterbeamten nicht aufgebessert werden, deshalb auch die Landbesitzer nicht bekommen, warum sollen, wenn man sich über die Eisenbahngesellen in Gieß-Bohringen nicht einig kann, auch die Bezugsverhältnisse der Deckoffiziere bis ins Ungeheuer hinaus nicht geregelt werden. Deshalb richte ich die dringende Bitte an Sie, Ihren ablehnenden Standpunkt aufzugeben und dem Entwurf, wie er Ihnen von der Regierung unterbreitet worden ist, zuzustimmen.

Abg. Ebert (Soz.):

Nach der Erklärung des Staatssekretärs scheint das Schicksal der Besoldungs- und Militär-Stat. besiegelt zu sein. Ich halte es aber trotzdem oder gerade deshalb für notwendig, die Stellung meiner Freunde wenigstens zu den entscheidenden Punkten der Vorlage noch einmal kurz zu präzisieren. Der Staatssekretär hat ausgesprochen, daß es unzumutbar sei, wenn der Reichstag sich in so schneller Folge wie bisher mit Besoldungsänderungen zu befassen habe. Es ist richtig, daß der vorliegende Entwurf die dritte Novelle zur Besoldungsordnung ist. Für diesen Vorgang ist aber vor allem die Reichsregierung selbst verantwortlich zu machen. (Sehr richtig!) Der Vorgang ist verschuldet durch die durchaus unzulängliche Regelung der Besoldungsreform von 1909. (Sehr richtig!) Wenn damals den berechtigten Wünschen der Beamten insbesondere der Unterbeamten, nur einigermaßen Rechnung getragen worden wäre, dann wäre die vorjährige und auch die diesjährige Besoldungs- und Militär-Stat. überflüssig gewesen. (Sehr richtig!) Die 1909 vom Reichstag in Aussicht genommenen Gehaltsaufbesserungen

wären kaum hoch genug, um das Wanto auszuweichen, das sich infolge der Zoll- und Steuerpolitik des Reichs in den Etats der Beamten ergab. (Sehr wahr! bei den Soz.) Trotzdem hat die Regierung nicht gerührt, und es ist ihr im letzten Augenblick auch gelungen, die Mehrheit des Reichstages umzustimmen und die Beamten wieder zu enttäuschen.

Seitdem sind die Ausgaben für den Lebensunterhalt noch erheblich mehr gestiegen, alles spricht sogar dafür, daß man mit einer dauernden Teuerung in den Lebensverhältnissen rechnen muß. Jedenfalls ist kein Anlaß vorhanden, für die nächste Zeit mit einem Eintrich der Preise zu rechnen. Wenn nun der Reichstag verlangt, daß den Beamten das gegeben werden soll, was ihnen 1909 vorenthalten wurde, so ist das eben nur ein Akt dringender Notwendigkeit. Für die Beamten der Postkassen und Postassistentenklasse ist es im vorigen Jahre durch entschiedenes Vorgehen des Reichstages erreicht worden, mit der jetzigen Vorlage soll die notwendige Folgerung für die übrigen dabei in Betracht kommenden Beamten gezogen werden. Welche politischen Freunde waren von vornherein bereit, sich mit ihren Forderungen in diesem Rahmen zu halten. Wir haben uns dazu entschlossen, trotzdem eine große Anzahl weitergehender, wohl begründeter und durchaus berechtigter Wünsche der Beamten vorgelegt haben. Aber selbst diesem engbegrenzten Rahmen, diesen bescheidenen Forderungen genügt die jetzige Vorlage in keiner Weise. Sie ist zwar ein umfangreiches Aktenstück, aber was sie an Verbesserungen für die Beamten bringt, ist so überaus dürftig und gering, daß sie überall und besonders in den Kreisen der Unterbeamten bittere Enttäuschung hervorrufen mußte. Nach der Vorlage sollen die untersten Klassen bis zum Höchstgehalt von 1700 Mark um 100 Mark aufgebessert werden. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Beamte der Reichseisenbahnen und um die Beamten der Landbesitzerklasse, die ein Anfangsgehalt von jährlich 1100 Mark beziehen. Aber die in der Vorlage vorgesehene angebliche Besserstellung der Beamten der Reichseisenbahnen ist eigentlich nur eine Fiktion (Sehr wahr! bei den Soz.) In Wirklichkeit sollen sie nach der Vorlage auch nicht einen roten Heller Einkommen mehr erhalten als bisher. Die Folge würde sein, daß die Unterbeamten, bei denen der bisherige nicht pensionsfähige Zuschuß 120 Mark beträgt, die Gehaltsaufbesserung aber nur 100 Mk., kleineres Einkommenserbesserung erfahren würden. In der Kommission ist es uns gelungen, durch Streichung des § 6 der Vorlage die Aufrechnung des Zuschusses auf die Gehaltsverhöhung zu beschränken, jedoch den Unterbeamten der Reichseisenbahnen nun tatsächlich die in Aussicht gestellte Gehaltsaufbesserung auch zuteil werden soll. Nach der Regierungsvorlage sollen die höheren Beamten ihre sehr viel höheren Zuschüsse

auch künftig unverändert weiterbezahlen, nur den wirtschaftlich Schwachen, den unteren und mittleren Beamten sollte er gegen die Gehaltsaufbesserung aufgerechnet werden (Hört! Hört!) Die Kommission hat schließlich einstimmig unserem Antrag auf Streichung dieses ungeheuerlichen § 6 zugestimmt. Ein weiterer großer Mangel der Vorlage war die Nichtberücksichtigung der gehobenen Unterbeamten der Post. Diese gehobenen Dienststellen sind die einzige Beförderungsmöglichkeit für die Unterbeamten der Reichspostverwaltung. Eine wesentliche wirtschaftliche Besserstellung ist aber heute mit dieser Beförderung nicht verbunden. Trotzdem sie in der Regel erst nach 20 bis 25 Jahren Dienst

eintritt. War die Besserstellung schon früher außerordentlich bescheiden, so ist sie bei der vorigen Jahr erfolgten Erhöhung der Schaffnergehälter heute fast ohne jede wirtschaftliche Bedeutung. Die gehobenen Dienststellen können heute weniger eine Beförderungsmöglichkeit, sondern vielmehr eine Ausbeutungsmöglichkeit der Unterbeamten genannt werden. Eine Besserstellung dieser Beamten steht in unabwendbarem Zusammenhang mit der Änderung des Besoldungsgesetzes. Die überaus bescheidenen Beschlüsse der Kommission — Gehalt der Gehobenen 1500 bis 2500 Mark, Aufzählungsfrist 15 Jahre — bleiben weit hinter den Forderungen der Beamten zurück; die Regierung aber macht sie zum springenden Punkt. Der Staatssekretär gibt zu, daß die Verhältnisse in der Oberbeschaffnerklasse unzulässig geworden sind, und lehnt nur ab, daß zurzeit eine Besserstellung erfolgen soll. Ja, sollen wir denn jedes Jahr uns mit einer Besoldungs- und Militär-Stat. beschäftigen? Wenn wir unsere weitergehenden Forderungen zurückgestellt haben, so nur, um mögliche Einstimmigkeit des Reichstages zu erzielen. Für uns sind

die Kommissionsbeschlüsse das allermindeste, was den Unterbeamten gewährt werden muß. Ein

Nachgeben ist für uns völlig ausgeschlossen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn der Bundesrat trotz dieser Selbstbeschränkung des Reichstages sich ablehnend verhält, so ist dabei wohl keine allgemeine Stellung gegen diesen Reichstag entscheidend gegeben. Der Schatzsekretär hat in der Kommission von vornherein den Standpunkt eingenommen: Wo geht's richtig oder falsch! (Sehr wahr! bei den Soz.) Wo bleibt da noch die verfassungsrechtliche Stellung des Reichstages? Wie lange will sich der Reichstag eine solche Behandlung noch gefallen lassen? (Sehr gut! bei den Soz.) Die Taktik des Bundesrats läuft darauf hinaus, den Reichstag völlig auszuschalten. Dieser unmündige Zustand muß endlich ein Ende haben. (Bravo! bei den Soz.) Finanzielle Bedenken können für die Haltung des Bundesrats nicht entscheidend gewesen sein, denn dazu ist das Objekt angesichts der 500 Millionen Uebererschüsse der Post denn doch zu gering. Soll die Rücksicht auf Preußen so weit gehen, daß die preussische Regierung dem Reichstag seine Beschlüsse diktieren? Wenn Preußen es an dem nötigen Mächtegehalt gegenüber seinen Beamten fehlen läßt, dann kann doch nicht der Reichstag gezwungen sein, in denselben Fehler zu verfallen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Präsident Kämpf rügt den Ausbruch. Läßt die Regierung die Besoldungsvorlage scheitern, dann legt sie die Beamtenfreundlichkeit selbst in das richtige Licht. In schönen und billigen Bedenkenarten für die Beamten hat sie es nie fehlen lassen. Jetzt aber verläßt sie, wo es gilt, die Worte in die Tat umzusetzen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn es sich um Forderungen für den Militarismus handelt, kommt es auf einige Tausend Millionen Mark nicht an. Hier aber, wo es sich um eine geringfügige Aufbesserung für einen gerechten sozialen Zweck handelt, knüpft die Regierung die Taschen zu und weist den Unterbeamten die Tür. Demgegenüber beharren wir auf unserem Standpunkt uns auf den Kommissionsbeschlüssen. (Sehr, Beifall bei den Soz.)

Abg. Rahn (Zentr.): Wir bedauern das Vorgehen des Bundesrats, das nicht nur unter den Beamten tiefgehende Missstimmung hervorrufen muß, sondern es auch fraglich erscheinen läßt, ob eine derartige Einigung wie diesmal auch in Zukunft im Reichstag möglich sein wird.

Abg. Hoffmann (Natl.): Im vorigen Jahre bei der Deckungsvorlage hat die Regierung sich eine weitgehende Umgestaltung gefallen lassen. Bei dieser viel wichtigeren Vorlage setzt sie unseren Wünschen ein starres Nein entgegen. Sie sollte sich das noch einmal überlegen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Dertel (Kons.): Die Regierung sollte bedenken, daß unsere Forderungen recht maßvoll sind. Hoffentlich wird sich bis zur dritten Lesung noch ein Weg zur Verständigung finden. (Bravo! rechts.)

Reichschatzsekretär Rahn: Auch die Regierung hat keine prinzipielle Einwendung gegen eine Besserstellung der gehobenen Unterbeamten, aber es bedarf noch längerer Erwägungen, was für Konsequenzen das für andere Beamtenklassen nach sich ziehen würde. Durch diese Erklärung ist vielleicht eine Grundlage zur Verständigung gegeben.

Abg. Kopisch (Vpt.): Bei der Deckungsvorlage gab die Regierung nach, weil es sich um Einnahmen handelte, heute bleibt sie fest, weil es sich um Ausgaben handelt. Wir werden selbstverständlich auf den Beschlüssen der Kommission bestehen. (Bravo! h. b. Vpt.)

Abg. Schulz (Vpt.): gibt der Hoffnung auf eine Verständigung bis zur 3. Lesung Ausdruck.

Abg. Dr. Gaeht (Erl.) und Abg. Werner-Hersfeld (Deut.-Völk.) treten für die Kommissionsbeschlüsse ein.

Abg. Dr. Weill (Soz.): Den § 6, der den Reichseisenbahnbeamten die Zulage nimmt, hat die Kommission einstimmig gestrichen. Ich hoffe, daß das auch im Plenum geschieht. Freilich lassen die Ausführungen der Herren Dertel und Schulz befürchten, daß dieser Paragraph einer Verständigung geopfert werden soll. Meine Fraktion wird an den Kommissionsbeschlüssen umso mehr unerschütterlich festhalten, als der Reichstag eine außerordentliche Bescheidenheit und Mäßigkeit bewiesen hat. Wenn die Regierung einen festen und nachhaltigen Willen des Reichstages erlebt, wird sie nachgeben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte schließt. Die Vorlage wird nach den Beschlüssen der Kommission einstimmig angenommen. Darauf wird fortgefahren in der Beratung des

## Geschichtskalender.

9. Mai.

- 1805 Friedrich Schiller in Weimar.
- 1913 Internationale Konferenz der Sattler- und Portefeulleur in Wien.

## Kunst und Wissenschaft.

### Eröffnung der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914.

Büchlich, wie geplant, wurde am Mittwoch in Leipzig die „Bucura“ eröffnet. Trotzdem dieselbe in verschiedenen Einzelheiten noch nicht vollendet ist, macht sie doch in ihrer Gesamtheit einen imponierenden Eindruck. Veranlassung zu dieser Ausstellung hat die 150jährige Jubelfeier der Leipziger Königlich-Höflichen Akademie für Buchgewerbe und Graphik, die weit über die Grenzen Deutschlands hinaus als einzige Hochschule ihrer Art bekannt ist. Auf dem Ausstellungslande, zu Füßen des Völkerschlachtdenkmals, waren sehr prächtige Laubende von Händen raffiniert, um das große Ziel zu vollenden. Noch am Tage vor der Eröffnung mußte mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet werden, damit am Eröffnungstage wenigstens die äußere Ausgestaltung der offiziellen Ausstellungsgebäude fertig sei. War am gestrigen Tage das Leben und Gassen übermüht, so herrschte heute vornehmlich auf dem Ausstellungslande fast Sonntagstrübe. Am 11. 12 Uhr erfolgte die feierliche Eröffnung mit dem Leber in solchen Fällen üblichen patriotischen Beisein. Anwesend waren außer Friedrich August, seiner Lanke Mathilde und seinen Brüdern Johann Georg, noch die Spitzen der Staats- und städtischen Behörden, die Bewillmächtigten der an der internationalen Ausstellung beteiligten fremden Staaten, sowie die Vertreter der einzelnen ausstellenden Gruppen. Inwieweit und Graphik werden für würdig befunden, der Feier beizumischen, während die Tagelände, die mit ihrer Hände Arbeit das Gelingen dieses großen Werkes erst ermöglichen, vom offiziellen Teil der Eröffnung ausgeschlossen wurden. Was eigentlich kein Fehler ist, wird doch damit wieder einmal vor allen der demontiert, daß jede Klasse ihre Vorrechte hat: Bildung und Besitz das Feiern, die Arbeiterschaft das Schaffen und Handeln. Die Gäste wurden von Beamten der Ausstellungskommision, Herrn Dr. Ludwig Volkman, mit einer Anrede begrüßt, worin er allen dankte, die zum Gelingen der großen Sache beigetragen haben. Er

denkwert, welches bleibende Werte schaffen wird. Nicht Kanonen, sondern Schnellpressen, nicht Pulver und Blei, sondern Lettern und Druckerschwarz sollen den Ausschlag im Weltkampfe geben! (Ein frommer Wunsch, solange die Druckerschwarz dazu dienen muß, friedliche Kämpfe im Interesse keiner kapitalistischer Gruppen zu blutigen Kriegen aufzubereiten zu helfen.) — Der Staatskommissar, Kreisoberhauptmann von Burgsdorf, eröffnete hierauf im Namen des Königs die Ausstellung. Nach einem Rundgang durch das Gelände, unterbrochen von diversen Feiern und anderen Schoppen, fuhr Friedrich August mit Gefolge gegen Abend nach seinem Palais, und ermahnte damit den Inhabern von Dauerarten und dem großen Publikum den Besuch der Ausstellung. Vorher fand in Gegenwart der königlichen Lanke die Eröffnung des „Bucura“ der Frau“ statt, wobei die Vorträge dieser Sonderveranstaltung, Prinzess Mathilde als „Sachsen eine Frau“ begriffte. In der Sonderausstellung „Schule und Buchgewerbe“ war ebenfalls Eröffnungsfest, die mit Gesang von Leipziger Schulkindern schloß. Ein interessanter Akt von symbolischer Bedeutung war der Aufstieg von 1200 Briefstücken, welche die Meinung von der Eröffnung der Buchgewerbe-Ausstellung in alle Welt verbreiten sollen. Am Abend war das Ausstellungslande festlich illuminiert. Einzige schon wurde die Ausstellungsleitung von „H. Heibelberg“ in der Sonderausstellung „Der Student“.

Der Besuch der Ausstellung kann der höchsten Arbeiterschaft und speziell den graphischen Arbeitern, warm empfohlen werden. Zweckmäßig wäre der Besuch in Gruppen. Die Organisationsarbeit der graphischen Gewerbe in Leipzig haben alle Anstrengungen gemacht, ausserordentlichen Ausstellungsbesuchern einzeln oder in selbst großen Gruppen, Nachzügler, Mitgeher und tagelange Führung durch die „Bucura“ zu verschaffen. **Fazit.**

## Aus aller Welt.

### Zwei Riesenbrände in England. Drei Häuser verbrannt.

In dem als lutherische Universität im Mittelalter berühmten Ort Riezbach hat eine große Feuerbrunst 150 Häuser in dem Judenviertel in Asche gelegt. Die Obdachlosen sind in den Kasernen untergebracht worden. Der Schaden ist ganz enorm und beträgt nach vorläufigen Schätzungen über eine Million Mark.

Lasin 100 Anwesen nebst zahlreichem Inventar. Drei Kinder kamen in den Flammen um. 800 Einwohner sind obdachlos. Der Schaden beträgt circa 1 1/2 Millionen Rubel.

### Sie konnten die tote Mutter nicht vergessen.

In Bilmersdorf-Berlin hat der Ingenieur Großfortenhaus seine neunzehnjährige Tochter Wilhelmine, seinen dreizehnjährigen Sohn Will und sich selbst mit Zyanalkali vergiftet. Großfortenhaus ist infolge des vor kurzem erfolgten Todes seiner Frau schwer mitleidig geworden. Ueber die Tragödie bringt das B. L. u. a. folgende Einzelheiten: Vor wenigen Monaten war Frau Großfortenhaus gestorben, und der Verlust der Lebensgefährtin ging dem Ingenieur so zu Herzen, daß er in Schwermut verfiel, aus der er sich trotz der liebevollen Pflege der Kinder und des glücklichen Zwiespels seiner Freunde nicht emporzuarbeiten vermochte. In der letzten Woche erklärte er seinen beiden Kindern, daß es wohl das Beste wäre, wenn sie alle der Mutter in der Tod nachfolgten, da er aus Gram über den Verlust seiner Frau wahnsinnig zu werden befürchte. Offenbar hat er zunächst die Tochter mit Chloroform betäubt und ihr dann das in Wasser aufgelöste Zyanalkali eingegeben. Nachdem der Tod des Mädchens eingetreten war, legte Großfortenhaus die Leiche auf das Bett seiner Tochter, verließ die Stube und betete den Schicksal an sich. Am Dienstag blieb der Ingenieur dem Dienste fern und erwartete zu Hause seinen Sohn, der gegen 1/2 Uhr aus der Schule kam. Auf die Frage des Knaben nach der Schwester antwortete der Vater, daß sie der Mutter bereits in dem Tod gefolgt sei, und daß nun auch sie selbst in den Tod gehen wollten. Ohne Widerstreben trank der Junge die ihm dargebotene Giftdosis und war bald einschlafen. Das tote Kind betete der Vater sorgfältig auf, ließ sich dann in eine Blumenhandlung und kaufte Pfeffer, Majoran und andere Gewürzkräuter, mit denen er die Leichen seiner Kinder bestreuen wollte. Dann schickte er einen Brief an die Schwiegermutter mit dem Inhalt, worin er stellte, daß man sich am liebsten selbst umbringen sollte, wenn man die Leichen der toten Mutter nicht vergessen konnte. Nach Öffnung der Leichen wurde festgestellt, daß die Leichen der toten Mutter und der beiden Kinder in demselben Behälter lagen.



**Militärreform.**

Kriegsminister v. Falkenhayn: Am Schluß der gestrigen Sitzung hat der Abg. Liebknecht sich gegen meine Ausführungen über das Stuttgarter Protokoll gewandt. Ich stelle fest, daß ich ihn mit keinem Worte erwähnt habe, weil ich gänzlich wußte, daß er in Stuttgart zugegen gewesen ist und dort sogar eine Hauptrolle gespielt hat. Mittlerweile habe ich heute früh mit einigen Wörtern den offiziellen Bericht über die internationale Konferenz der Jugendorganisationen, der sonst aus dem Buchhandel zurückgezogen ist, verschaffen können. In diesem Bericht sind folgende Punkte verfaßt, was ich gestern gesagt habe, enthalten: „Das wesentliche Ziel der antimilitaristischen Bewegung ist die Vermittlung und Befestigung des militärischen Geistes. Der denkbar größte taktische Fehler ist es, die für den Militarismus unzuverlässigen Elemente, die zur Desorganisation beitragen, von der Armee fernzuhalten, wodurch deren Gefährlichkeit vermehrt wird. (Hört, hört! rechts.) Sorgen Sie dafür, daß die internationale Jugendbewegung in dem antimilitaristischen Kampfe eine ehrenvolle Rolle spielt.“ Dann ist auch in dem Protokoll noch erwähnt, daß die Gründung der Jugendorganisationen für den antimilitaristischen Kampf ganz besonders geeignet sei.

Nur in einem Punkt habe ich in dem Protokoll nicht bekräftigt gefunden die Worte, daß die jungen Leute gegen jeden Dienst mit der Waffe mit Gewehr und Bajonetten erfüllt werden sollen. (Beif. Abg. v. d. Soz.) Ich kann Ihnen auch ruhig mitteilen, woher ich mein Material habe. Es ist kein Epigramm, mit demartigen Dingen befaßt sich die Deeresverwaltung nicht (Wachst. b. d. Soz.), sondern es sind die verschiedensten Publikationen in großen Berliner Zeitungen (Jurist. b. d. Soz.; Welche? Reichsverbandspresse!) In: übrigen sind die betreffenden Worte zur Charakterisierung dessen, was ich charakterisieren wollte, auch ganz unnötig, dazu genügt das, was im offiziellen Protokoll steht. Herr Liebknecht wird nicht bestreiten wollen, daß er die beanstandeten Worte ganz ähnlich bei anderen Gelegenheiten verwendet hat. Die ganze Sache ist also ein Streit um Worte. (Beif. Widerspruch. b. d. Soz.) Mir kommt es auf die Sache an, und das, was im offiziellen Protokoll steht, legt mir die Pflicht auf, gegen diese Art der Tätigkeit mit allen meinen Kräften zu kämpfen. (Dravoll rechts, Unruhe b. d. Soz.)

**Abg. Studen (Soz.):**

Nach dem Diskurs, den der Kriegsminister gestern gegen meine Partei unternommen hat, wird er in der ganzen rationalen Presse als der kommende Mann bezeichnet, der die Sozialdemokratie zu Boden treten wird. Nun, wir sind überzeugt, wenn der Kriegsminister und seine Mitarbeiter nicht mehr da sein werden, kann werden wir noch immer da sein. (Sehr gut bei den Soz.) Wie es mit seinem Beweismaterial steht, hat er eben beteuert. Mit all der stillen Entrüstung, die ihm zur Verfügung steht, warf er uns gestern vor, wir erfüllten die Jungen mit Ekel und Abscheu vor dem Militärdienst, und heute muß er zugeben, daß diese Worte nicht im Protokoll stehen. Er sollte sehr Pressebureau beauftragen, ihn besser zu informieren. Er wollte aus der unangenehmen Situation damit hinausheilen, daß er sagte, es kommt nicht auf die Worte, sondern auf den Sinn an. Jawohl, auf den Sinn, den er in die Worte hineinlegt, den aber Liebknecht keineswegs im Auge gehabt hat. Die Zeitungen, auf die er sich bezieht, sind natürlich die satirische bekannte Reichsverbandspresse, die täglich neue Schwindereien über die Sozialdemokratie verbreitet.

Im übrigen haben wir es ganz gern, wenn mit offenem Visir gegen uns gekämpft wird. Der Kriegsminister braucht wenigstens einen anderen Ton in die Militärsache. Im übrigen könnte man bei den Reden glauben, sich in einem Streitgespräch zu befinden, der eine neue Färbung weicht. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese Lobhudeleien müssen den Kriegsminister geradezu anreizen, mit neuen Forderungen zu kommen. Stürmische Heiterkeit erregte es, als der Kriegsminister sagte, er sei auf dem besten Wege zur Sparsamkeit.

Schließlich, der Weg zur Sparsamkeit führt durch die Viktoriastraße. (Hört, hört! und sehr gut! bei den Soz.) Der Kriegsminister verneinte, daß wir keine Anerkennung für die glatte Durchführung der Militärreform gehabt hätten. Dazu hatten wir keinen Anlaß. Die Verwaltung war dabei keineswegs vor eine unerwartete Aufgabe gestellt. Die Vorbereitungen liegen 3 Jahr und Tag zurück. Außergewöhnliches ist also nicht geschehen, wenn ich auch zugebe, daß die übliche Arbeitszeit von 10-3 nicht in allen Fällen eingehalten werden konnte. (Hört, hört! bei den Soz.) Es wäre noch schöner, wenn eine Verwaltung, die uns 100 Millionen kostet, bei solchen Aufgaben versagen würde. Wenn die große Zahl der Aushebungen das Wirtschaftswesen nicht gestört hat, so lag das an der gegenwärtigen

**Hinter Jurehandmanera.**

Ein lurchbarer Rohheit, begangen an einem Geisteskranken, wird aus Paris gemeldet. Vor drei Tagen wurde ein 21-jähriger junger Mann namens Guellie wegen eines kleinen Vergehens verhaftet und zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die Irrenabteilung des Untersuchungs-Gefängnisses gebracht. Er erlitt plötzlich einen Todesanfall, stürzte sich auf einen der Wärter und biß ihn ins Ohr. Darauf warf sich der Wärter mit einer Anzahl seiner Kollegen über den Wahnsinnigen her und mißhandelte ihn so schwer, daß er Dienstag an den Folgen der erlittenen Verletzungen starb. Eine strenge Untersuchung über die Angelegenheit ist eingeleitet worden.

**Aberkennung in England.** Der Schiffsbau bei Fern hat mehrere Fabrikgebäude überflammt. Dabei sind auch Menschen ums Leben gekommen.

Auch vom Ural werden starke Ueberflutungen gemeldet. Die Dorfstadt von Ula am Bjalaslaw steht unter Wasser und verfehrt mit der Stadt nur durch Boote. In der Stadt finden zahlreiche Erdbeben statt, durch die auch die schönste Kirche der Stadt bedroht ist.

**Ein verhängnisvoller Sturz.** Zwei Arbeiter stießen in Mendon bei einem Maschinenbau eine Barackenführerguppe dar. Der eine, der als Bar lange, war von Kopf bis Fuß mit Stroh umwickelt. In vorgerückter Stunde verlor der Barackenführer im Kampf auf die Idee, das Stroh, in dem sein Freund steckte, anzuzünden. Dieser erlitt starke Brandwunden, so daß er bald nachher unter großen Schmerzen starb. Der Anführer dieses verhängnisvollen Sturzes ist jetzt zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden.

**200 000 Schachteln Streichhölzer geschnitten.** In Duisburg wurde am Mittwoch ein Lager von 200 000 Schachteln Streichhölzer, die über die holländische Grenze geschmuggelt waren, entdeckt und beschlagnahmt. Fünf Personen, von denen man glaubt, daß sie mit den Schmuggelern in Verbindung stehen, wurden verhaftet.

**Kleine Notizen.**

Die Gattin Wilhelm Raabes ist, wie dem „E.“ aus Braunschweig gemeldet wird, nach langem schweren Leiden dort im Alter von 77 Jahren gestorben. Sie hat damit einen das gleiche Alter erreicht, wie ihr Gatte, den sie um drei Jahre überlebt hat. Mit treuer Hingebung war sie ein langes Leben an den Füßen ihres Mannes, dessen Eigenschaften und Tugenden sie mit socher Hand zu leiten wußte. Ihr allein war die Obhut des Allergeliebten, des Schreiholzers, anvertraut, und kein anderer als sie durfte sich an Raabes Schreiben zu schaffen machen. Die Gabe einer Diktierfrau, wie sie Raabes sein sollte, nämlich hinter dem Schreiholzer des Wortes zu führen, hat auch die Gattin Wilhelm Raabes

hagen stie. In der Hochkonjunktur werden uns die mehr als 100 000 Arbeitkräfte sehr fehlen, die jetzt in Kasernen untergebracht sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch daß die Vermehrung der Unteroffiziere keine Schwierigkeiten gemacht hat, hängt mit der Krise zusammen, die die Leute eher veranlaßt, noch einige Zeit zu kapitulieren.

**Die 38 000 Ueberzähligen.**

von denen der Minister sprach, werden zweifellos die Rüstungstreiber veranlassen, eine neue Militärverwaltung zu verlangen. Interessant war, daß in der Kommission ein Brief einer Festigungsverwaltung an einen Unternehmer vorgelegt werden konnte, er möge sich auf umfassende Arbeiten vorbereiten, sie aber zunächst freibieten, denn sie sollen bezahlt werden von dem Mehrertrag des Wehrbeitrages. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich habe ja nie geglaubt, daß die Regierung etwas wieder hergeben wird, was sie schon bekommen hat, und nun hören wir, daß die Ueberflüsse in Zement und Beton angelegt werden sollen. (Hört, hört!) Wenn auch der Kriegsminister sagte, momentan werde an keiner neuen Vorlage gearbeitet, so kann er doch nicht wissen, was das Militärkabinett mit der Zeit für Wünsche hat. — Unsere Resolutionen bei der Militärvoelage nannte Herr Erzberger Hypotheken, mit denen die Vorlage belastet sei. Das sind aber sehr oberläufige Hypotheken, die nicht verzinst werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Gewiß ist in den letzten Jahren manches für die Soldaten erzielt worden, aber erst nach langen Kämpfen hat die Verwaltung des, der Not gehorchend, bewilligt. Alles, was uns geboten worden ist, ist doch nur ein Tropfen auf einem heißen Stein, und am System wird dabei gar nichts geändert. Mit der ärztlichen Versorgung der Armee steht es sehr schlecht, es fehlen 57 Prozent der Assistenzärzte. Diesem Mangel wäre leicht abzuhelfen, wenn man konfessionelle Rücksichten bei der Besetzung dieser Stellen zur Seite lassen und den Wert der Studienjahre antrechnen würde. Wie die Militärverwaltung sich über Wünsche des Reichstags hinwegsetzt, beweist folgendes: Wir

**eine Verminderung der Adjutanten**

beschlossen. Prinz Friedrich Leopold von Preußen, der in der Armee gar keine aktive Rolle spielt, hatte fünf Adjutanten. Wir wollten ihm im Höchstfalle einen zubilligen. Was hat man getan? Er hat drei Söhne, zwei sind Offiziere, der jüngste erst 18 Jahre. Die beiden Offiziere sind in Danzig bei den Seebataillon, sind aber weit wo anders. (Hört, hört!) Bisher haben wir von ihren Leistungen nichts gehört, als daß sie mit ihren Automobilen Menschen überfahren haben. (Hört, hört! bei den Soz.) Jetzt erhalten sie jeder einen Adjutanten und der jüngste Sohn auch einen. So ist nur ein Adjutant gespart. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch bei der Bauverwaltung wird garnicht gespart. Im kleinsten Post, wo eine Kaserne gebaut wird, baut man auch gleich ein Offizierskasino. Da brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn jedes Jahr rund 1200 Millionen für das Militär ausgegeben werden müssen.

Gegen die Militärmaßnahmen will der Kriegsminister mit aller Entschiedenheit eintreten. Einen Erfolg wird er aber erst dann haben,

**wenn jeder Soldatenschilder**

und vor allem auch jeder Offizier, in dessen Kompanie oder Eskadron Soldatenschilder mehrfach vorkommen, sofort davongejagt wird.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Ein Offizier, der sich an einem Soldaten vergräht, beweist bodenlose Feigheit, denn der Soldat kann sich nicht wehren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wie berührt sich das mit dem angeblich höher geordneten Ehrgefühl der Offiziere? Zu unserer Kenntnis kommen ja nur die Fälle von Mißhandlungen, die den Vergrähten geschickter Verhandlung bilden. Wir erleben es aber vielfach, daß entlassene Soldaten hinterher Anträge erlassen, und dann kommt heraus, daß bei dem Truppenteil jahrelang systematisch mißhandelt worden ist. Wenn wir diese Fälle vorbringen, so wollen wir damit nicht die Armee herabsetzen, sondern auf die schwachen Stellen des Militarismus hinweisen, und vor allem für die Söhne des Volkes eintreten, die nicht in die Kaserne kommen, um da mißhandelt zu werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sogar Unteroffiziere und Einjährig-Freiwillige werden drangsalirt. Ein Unteroffizier hat sich das Bein genommen, weil er die Qualitäten seines Hauptmanns nicht mehr aushalten konnte. Der Hauptmann sprach dann an die Eltern im trockenen Geschäftston, ihr Sohn habe sich erschossen; er bedauere das, könne es aber nicht ändern; er hoffe, daß die Eltern mehr Freude an ihren anderen Kindern erleben würden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ein Unteroffizier wollte zur Verdringung fahren, und auch das hat der Hauptmann verhindert. (Hört, hört! b. d. Soz.) Und wie werden die Reservisten behandelt? Offiziere, die doch gebildete Leute sein wollen, scheuten sich nicht,

**mit rohen Schimpfwörtern**

die kein Viehreiber gebrauchen würde, wie „Schweinepriester“, „Schiffe“, „Miserable Bestien“, „Sundstücker“, die Leute zu benennen. Nicht nur werden die Soldaten, nein, Unzufriedenheiten in ihre Reihen tragen solche Offiziere und Unteroffiziere. Der Kriegsminister regte sich darüber auf, daß der „Vorwärts“ keine Notiz davon genommen, daß neun Offiziere mit der Rettungsschwemme bedroht worden sind. Das hängt mit der Zeitungswirtschaft zusammen. Geht es so etwas in Berlin, dann bringt es der „Vorwärts“, aber er hört nichts davon, wenn es in irgend einem Winkel passiert. Und eauschuldig das Verbleibt dieser Offiziere die andern, die Mißhandlungen begehen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wie häufig schlagen Bergarbeiter

**bei Grubensturz ihren Leben in die Schanze**

zur Rettung der Kameraden. Darüber berichtet ja auch das Militärwochenblatt nicht. Diese Arbeiter bekommen keine Medaille. Es liegt ihnen auch nichts an dem Stillstand, sie finden ihre Belohnung in dem Gefühl erfüllter Menschlichkeit. — Die neue Verordnung über den Woffengebrauch des Militärs stellt eine entsetzliche Verschlechterung dar. Für den Offizier gibt es die „Pistolennote“, wie im bürgerlichen Leben für den Richter die „Kassennote“. (Sehr gut! b. d. Soz.) Berechnungen von so weitreichender Bedeutung dürfte es gar nicht geben, sondern Befehle. Bei uns oder soll alles Ausschlag der Resonanzbewegung sein. Da würde man schließlich der ganzen Militärwelt als Ausschlag der Resonanzbewegung hinstellen. (Geltens Zustimmung b. d. Soz.) Die Verordnung proklamiert die Willkür des Militärs.

Hoffentlich vergißt man, Bismarck und Bayern auf ihre Einführung. Der Gedanke, verabschiedete Offiziere im landwirtschaftlichen Bereich verwenden zu lassen, zeigt die ganze Abwegigkeit des Kriegsministers. Ein verabschiedeter Offizier mag sich offenbar zum Verkäufer in einem Zigarrengeschäft eignen, sonst würde ihn höchstens die Armeestruppe verwenden (Hört, hört! b. d. Soz.), aber auch nur, wenn er die Nachschichten liefern kann, die sie sich sonst durch den Verkauf beschaffen müßte. Wie weit die Zusammengehörigen gehen, zeigt die Schreiber, wobei die Freie Gewerkschaft der Lithographen eruchte, im Aufnahmestütz verabschiedete Offiziere zu verwenden.

**Wie ein Streichhölzer**

oder zum Einlösen der Beiträge und zur Verbreitung von Flugblättern. (Gr. Heiterkeit b. d. Soz.) Geht man so viele verabschiedete Offiziere in sehr trauriger Lage. Aber man sollte die Offiziere länger im Dienst lassen. Warum denn das ein Hauptmann deshalb den Abschied nehmen, weil sein Hintermann Major wird? Wir haben jetzt bereits 35 verabschiedete Kommandierende Generäle, 12 000 Major, 200 Generalmajors, 12 000 Major, 640 Generalmajors, 12 000 Major, im ganzen 906 verabschiedete Generäle, die allein

von einem Kriegsbereits stunden Wunden. (Gottseid.) D kommen 870 Regimentalkommandanten u 8700 Stabsoffiziere. Alle diese Leute sind zum großen Teil

**Wieder zu früh pensioniert.**

Den pensionierten Herren wird bei ihrer robusten Gesundheit Zeit lang und daher machen sie sich unangenehm bemerkbar. Die Namen Liebert, Helm und Witz sind die bedeutendsten allein schon ein Programm. Bei ihren Zeitungsartikeln die Herren den Generalstiel bei. Der unbefangene Leser glaubt dann an eine große Persönlichkeit, wie etwa Rolke es ist. Aber es gibt Generale, die lediglich im Hofdienst groß geworden sind. Nach Petersburg haben sie jetzt einen geküßt, die nur als Muster bekannt ist, und einen haben wir, der es aktiver Offizier nur bis zum Leutnant gebracht hat: Behrmann-Gollweg. (Gr. Hl.)

**Der Kriegsminister bestritt**

**die Besorgung des Abels in der Armee,**

und in der Kommission wies General Witz v. Hohenborn darauf hin, daß auch Söhne von Unteroffizieren und kleinen Beamten Offiziere seien. Lieber hat er uns nicht gesagt, in welchen Verhältnissen stehen. In der „Post“ wird ein Aufsatz veröffentlicht, von dem Sohn eines Subalternbeamten, der jede Qualifikation zum Offizier und dessen Vater auch das genügende Vermögen hat, der aber von keinem Regiment angenommen wurde, weil ihm eben die notwendigen Konnexionen und verwandtschaftlichen Verbindungen fehlten. (Hört, hört! b. d. Soz.) — Offiziere an der Grenze sollte sich doch größere Zurückhaltung auferlegen, wie der temperamentvolle General v. Deimling in Straßburg. Herr Bogal v. Bieberstein wollte ja nationale Politik in der Armee haben, der Kriegsminister sollte sich darauf nicht einlassen, die Politik wird bei den Offizieren nicht halt machen, und wir könnten dann in einem Regiment eine konservative Kompanie haben, eine nationale liberale, vielleicht auch eine Zentrumskompanie. (Hört, hört!) Die Behauptung des Kriegsministers, die Sozialdemokratie nähden daß gegen die Armee, ist vom Abg. Dr. Liebknecht schon richtig gestellt. Geradezu unerhört aber ist es, wenn der Kriegsminister in diesem Zusammenhang das Eintreten für unsere Partei, die stärkste im Volk, die zahlreichste hier im Hause, unmoralisch nennt.

**Eine solche Beschimpfung verbitten wir uns.**

(Beif. Beifall b. d. Soz.) Die sozialdemokratische Jugend ist mindestens so moralisch, wie die Studenten, die Exzellenzen verprügeln, die den Unteroffizier weit überfallen haben, ist mindestens so moralisch, wie die Jugend der besseren Klassen, die dem lieben Herrgott den Tag abkriecht. (Beif. Zustimmung b. d. Soz.) Der Kriegsminister wollte sein Wort damit begründen, daß wir Revolutionsler seien. Galt er die französischen, hält er die schweizerischen Offiziere für unmoralisch? (Jurist. b. d. Soz. Hamburg!) Einer dieser unmoralischen Offiziere hat seinen obersten Schießer während der schweizerischen Manöver beivacht, dieser Offizier war dazu noch ein Parteigenosse von uns. (Hört, hört! b. d. Soz.) Schließlich hat der Kriegsminister dem Abg. Schulz zum Vorwurf gemacht, er hätte gesagt, in Zukunft würde man nicht mehr mit denselben Heeren in den Krieg ziehen wie früher. Aber Schulz hat vollkommen recht. Das deutsche Reich allein stellt mehr als

**6 Millionen Soldaten.**

Glaubt denn der Kriegsminister, daß man solche Massenheere ernähren und bewegen kann? Das Generalstabswort über den Krieg von 70/71 gibt in ganz ungeschickter Weise die Schwierigkeiten der Ernährung und Verpflegung an. Der Kriegsminister entwirrt sich auch über die Zitterung von Gneisenau, Boyen und Scharnhorst. Gegenüber dem damaligen verrotteten, durch innerliche Offiziere heruntergebrachten Heere, waren die Scharnhorst geradezu Antimilitaristen, sie waren Heeresreformer wie wir heute. Wenn Sie (nach rechts) übrigens alle wehrfähigen Mannschaften ausbilden wollen, so müssen Sie unbedingt zur Wehr kommen. Ein Wehrmann ist auch vollkommen geeignet zur Verteidigung des Vaterlandes. Machen Sie dem Arbeiter das Vaterland lieb und wert, dann wird er mit seiner ganzen Begeisterung dafür kämpfen. (Beif. Beifall b. d. Soz.) Die Rüstungstreiber meinen, es muß bald zu einem blutigen Krieg kommen, die Arbeiterschaft aber will den Frieden, sie weiß, daß sie nur einen Feind hat, das Großkapital. Die Kriegsheter haben in der Regel nichts zu verlieren.

Wenn man im warmen Zimmer sitzt, frißt sich's sehr schön für sein Vaterland.

(Heiterkeit und sehr gut! b. d. Soz.) Wir lieben auch unser Vaterland, doch hat unsere Vaterlandsliebe nicht den metallischen Beigeschmack wie bei andern. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Was der Kriegsminister gegen uns hingeworfen hat, berührt uns nicht. Wir stehen zu hoch, als daß diese Klünirle uns erreichen. (Witzpräsident: wozu ruft den Redner zur Ordnung.) Wir werden den Kampf gegen den Militarismus mit aller Schärfe führen und wir werden in diesem Kampf Sieger bleiben. (Beif. Beifall b. d. Soz.) Kriegsminister v. Falkenhayn: Ich habe nicht die Sozialdemokratie unmoralisch genannt, sondern die Bestrebungen, das Heer zu desorganisieren. — Der Chef des Militärkabinetts hat in seinem Arbeitsbericht mit einer Militärvoelage nichts zu tun. (Jurist. Hinten herum.)

Abg. Wör (Zentr.): Der sozialdemokratische Redner hat auf die Mehrheit des Reichstags keinen Eindruck gemacht. Unser Woll ist fast auf die Armee. (Jurist. b. d. Soz.; Jurist. Jurist.) — Der Kriegsminister sollte seinen Einfluß gegen die konfessionelle Spaltung in den Kriegsbereiten geltend machen.

Abg. Wötting (natl.): Ueber die Reden der Sozialdemokraten wird sich das Ausland mehr freuen, als das deutsche Volk. (Lachen b. d. Soz.) — Für die verabschiedeten Offiziere sollte mehr getan werden.

Kriegsminister v. Falkenhayn: Die Kriegsbereiten unterstützen dem preussischen Ministerium des Innern. — Dem Abg. Wötting danke ich für seine Anregung.

Hierauf wird ein Bertragungsantrag angenommen. In einer persönlichen Bemerkung stellt

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) fest, daß das Material des Kriegsministers über die internationale Jugendkonferenz 1907 aus einer Notiz der „Zgl. Rundschau“ vom Februar v. J. stammt. (Beif. Hört, hört! b. d. Soz.), daß im übrigen die Konferenz eine geschlossene war, also Zeitungsberichte darüber gar nicht erschienen sein können.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr (Anfragen, Fortsetzung des Militärs).  
Schluß: 7 1/2 Uhr.

**Das Abgeordnetenhaus**

hat am Donnerstag den von uns bereits mitgeteilten Antrag über den Volksschulenausgleich angenommen. Der Antrag fordert die Regierung auf, diese Frage gesetzlich zu regeln.

In der Debatte sprach zunächst Abg. Dr. Cassel, der höhere Staatsbedürfnisse forderte und für die Aufrechterhaltung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden eintrat.

Nach ihm ergriß Genosse Firsich das Wort, der an einige Bemerkungen von Cassel, die sich gegen die sozialdemokratischen Forderungen richteten, anknuipfte und dem fortschrittlichen Redner Vorhaltungen darüber machte, daß er dem Minister ein Lob gesprochen habe, weil er sich an die bestehenden Gesetze halte. Das sei, woran man sich allmählich in Preußen gewöhnen habe. Im übrigen vertrat Genosse Firsich die Forderung des sozialdemokratischen Programms auf Uebernahme der Volksschulassen auf den Staat, wobei er ausdrücklich betonte, daß der kommunale Charakter der Volksschule gewahrt und die Verwaltung der Schule den Gemeinden überlassen bleiben müsse.

Den Rest der Sitzung füllte die Beratung von Anträgen der Nationalliberalen und Fortschrittler auf Zulassung der Volksschulassistenten zu den akademischen Studien aus. Die Anträge wurden der Unterrichts-Kommission überwiesen.